Geset = Sammluna

für die

Königlichen Preußischen Staaten.

- Nr. 31. =

Inhalt: Gefet, betreffend ben weiteren Erwerb von Gifenbahnen fur ben Staat, G. 315. - Staats. bertrag zwifden Preugen und Bayern, betreffend bie Bahnftrede zwifden Lichtenfels und ber Baberifch . Cachfen . Coburgifchen Landesgrenze , G. 360.

(Nr. 9771.) Befet, betreffend ben weiteren Erwerb von Gifenbahnen fur ben Staat. Bom 16. Juli 1895.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c. verordnen, unter Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folat:

S. 1.

Die Staatsregierung wird unter Genehmigung ber beigedruckten Bertrage, nämlich:

1) des Vertrages vom 31. Mai 4. Juni 1895, betreffend den Uebergang des Weimars Antage? Geraer Eisenbahnunternehmens auf den Preußischen Staat,

Weraer Eisenvannumerneymens und von Detreffend den Uebergang des Antone 2.

2) des Vertrages vom 18./20. Mai 1895, betreffend den Uebergang des Antone 2.

3) des Vertrages vom 15./16. Juni 1895, betreffend den Uebergang des Antone 3.

4) ber diese Gisenbahnunternehmungen betreffenden Staatsverträge, nämlich:

a) des Staatsvertrages zwischen Preußen und Sachsen-Weimar vom und Werra-Eisenbahnunternehmungen angehörigen, im Sachsen-Beimarischen Staatsgebiete belegenen Gisenbahnen,

Weimarischen Staatsvertrages zwischen Preußen und Sachsen-Meiningen Uniche 5 Saal- und Werra-Eisenbahnunternehmungen angehörigen, im Sachsen-Meiningenschen Staatsgebiete belegenen Gifenbahnen,

Gefet . Samml. 1895. (Nr. 9771.)

c) des Staatsvertrages zwischen Preußen und Sachsen-Altenburg vom 27./28. Mai 1895, betreffend die zur Zeit dem Weimar-Geraer- und dem Saal-Eisenbahnunternehmen angehörigen, im Sachsen-Alltenburgischen Staatsgebiete belegenen Gisenbahnen, d) bes Staatsvertrages zwischen Preußen und Sachsen-Coburg Gotha vom 27. Mai 1895, betreffend die zur Zeit dem Werra-Gifenbahnunternehmen angehörigen, im Sachsen-Coburg-Gothaischen Staatsgebiete belegenen Gifenbahnen, e) des Staatsvertrages zwischen Preußen und Schwarzburg-Rudolftadt vom 27. Mai 1895, betreffend die zur Zeit dem Saal. Eisenbahnunternehmen angehörigen, im Schwarzburg-Rudolstädtischen Staatsgebiete belegenen Gisenbahnen, f) des Staatsvertrages zwischen Preußen und Reuß (j. L.) vom 27. Mai 1895, betreffend die im Reußischen Staatsgebiete belegene Theilftrecke bes Weimar-Geraer-Gifenbahnunternehmens zur fäuflichen Uebernahme 1) der Weimar-Geraer Eisenbahn, 2) der Saal-Gifenbahn, Office of the party was the 3) ber Werra-Eisenbahn, 4) ber Eisenbahnen von Eisfeld nach Unterneubrunn und von Hildburghausen nach Friedrichshall, and promound 2 rooms mondigen sowie zum Bau einer Eisenbahn von Röppelsdorf nach Stockheim nach Maßgabe ber bezüglichen Vertragsbeftimmungen ermächtigt. Die Staatsregierung wird unter Genehmigung ber beigebrickten Bertrage S. 2. Die Staatsregierung wird ermächtigt, nach Maßgabe ber im S. 1 unter 1 bis 3 gedachten Verträge den Umtausch von: 1) 9 000 000 Mark Stammaktien der Weimar-Geraer Gisenbahn in Staatsschuldverschreibungen der dreiprozentigen konsolidirten Anleihe zum Betrage von 3 000 000 Mart, 2) 9 900 000 Mark Prioritätsstammaktien ber Weimar : Geraer Eisenbahn in Staatsschuldverschreis bungen der dreiprozentigen konsolidirten Anleihe 9 900 000 zum Betrage von 3) 6 742 800 Mark Stammaktien der Saal-Eisenbahn in Staatsschuldverschreibungen der dreiprozentigen 3 371 400 konfolidirten Anleihe zum Betrage von

4) 6 750 000 Mark Stammprioritätsaktien der Saals Eisenbahn in Staatsschuldverschreibungen der dreisprozentigen konsolidirten Anleihe zum Betrage von

unmaduniel proposit wiedersten & mother Geite

7 875 000

24 146 400 Mark

11 12 020 700 Mark Stammaktien der Werra-Eisen-	24 146 400 Mart
bahn in Staatsschuldverschreibungen der drei- prozentigen konsolidirten Unleihe zum Betrage von	9 015 525
herbeizuführen und zu diesem Zweck Staatsschuldverschrei- bungen der dreiprozentigen konsolidirten Anleihe zu dem	2 316
darstellbaren Gesammtbetrage von	33 162 000 Mart
Die Staatsregierung wird ermächtigt, in Gemäßheit	der im §. 1 unter
1 bis 4 gedachten Verträge:	
a) zur baaren Zuzahlung 1) auf 9 900 000 Mark Prioritätöstammaktien ber Weimar-Geraer Eisenbahn	Com nodicional of the Company of the
bie Summe von	495 000,00 Mark
Gisenbahn bie Summe von	337 140,00 =
Saal-Eisenbahn die Summe von	337 500,00 =
die Summe von	400 690,00 =
b) zu Abfindungen 1) an die Direktoren der Weimar-Geraer, der Saal-	
und der Werra-Eisenbahngesellschaft	
die Summe von	450 000,00 =
bie Summe von	64 000,00 =
Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg- Gotha, Reuß (j. L.)	
morale state of the Summe von	1 500 000,00 =
c) zur Deckung des Bauvorschuffes bei der Saaleisenbahn	
morner might bie Summe von	180 988,00 =
anthogishipis aramany & die Lorina L. & 111 Seite	3 765 318,00 Mark
(Nr. 9771.)	

Uebertrag	3 765 318,00 Mark
d) zur Zahlung des Kaufpreises für die Eisenbahnen von Eisseld nach Unterneu- brunn und von Hildburghausen nach Friedrichshall	TO THE TO THE TO THE TO THE TOTAL THE
die Summe von	781 262,50 *
e) zum Bau einer Eisenbahn von Köppels- dorf nach Stockheim	ouchtere a second
de Summe von	1 609 000,00 =
zu verwenden und	6 155 580,50 Mark
I. zur Deckung der im S. 3 unter a bis e vorgesehenen Mittel	
a) die Bestände der Reserve-, Erneuerungs-, Betriebsergänzungs- und Birthschaftssonds, deren Höhe Ende Dezember 1894	2 113 257,00 Mark
betrug, sobald diese Fonds dem Staate zusgefallen sein werden, b) den von Meiningen zum Bau der Bahn	9 513 0 57 0 70% (8
von Köppelsdorf nach Stockheim zu leistenden Zuschuß von	722 000,00 =
zusammen	2 835 257,00 Mart
II. zur Deckung des alsdann noch verbleibenden Betrages von höchstens rund Staatsschuldverschreibungen auszugeben.	3 320 500,00 Mark

§. 4.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten und der Finanzminister werden ermächtigt, bei dem Umtausch von Aktien in Staatsschuldverschreibungen, sosern die Anzahl der eingereichten Stücke den nach den abgeschlossenen Verträgen für den Umtausch maßgebenden Verhältnißzahlen nicht entspricht, die Ausgleichung des in Schuldverschreibungen nicht darstellbaren Ueberschußbetrages durch Vaarzahlung zu bewirken, wobei der zu zahlende Vetrag nach dem um ein Prozent verminderten Kurse, welcher für Staatsschuldverschreibungen der dreiprozentigen konsolidirten Anleihe vor dem Tage des Umtausches zuleht an der Verliner Vörse bezahlt worden ist, berechnet wird.

§. 5.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten und der Finanzminister werden ermächtigt, bei der Auslösung der im §. 1 unter 1 bis 3 genannten Gesellschaften

nach Maßgabe der daselbst bezeichneten Verträge den Kaufpreis für den Erwerb der Bahnen unter Verwendung der in den §§. 2 und 3 bewilligten Mittel zu

zahlen, beziehungsweise auf die Staatskasse zu übernehmen.

Der Finanzminister wird ferner ermächtigt, die bisher begebenen Anleihen der in diesem Gesetze bezeichneten Eisenbahnunternehmungen, soweit dieselben nicht inzwischen getilgt sind, zur Rückzahlung zu kündigen, sowie auch den Inhabern der Schuldverschreibungen dieser Anleihen die Rückzahlung der Schuldbeträge oder den Umtausch gegen Staatsschuldverschreibungen anzubieten und die Bedingungen des Angebots festzusehen. Die hierzu erforderlichen Mittel sind durch Berausgabung eines entsprechenden Betrages von Staatsschuldverschreibungen aufzubringen.

S. 6.

Ueber die Ausführung der im S. 5 getroffenen Bestimmungen hat die Staatsregierung dem Landtage bei jedesmaliger Borlage des Etats der Eisenbahnverwaltung Rechenschaft zu geben.

S. 7.

Wann, durch welche Stelle und in welchen Beträgen, zu welchem Zinßfuß, zu welchen Bedingungen der Kündigung und zu welchen Kursen die Schuldverschreibungen verausgabt werden sollen (§§. 2, 3 und 5), bestimmt, soweit nicht durch die im §. 1 angeführten Verträge Bestimmung getroffen ist, der Finanzminister.

Im Uebrigen kommen wegen Verwaltung und Tilgung der Anleihen und wegen Verjährung der Zinsen die Vorschriften des Gesetzes vom 19. Dezember 1869

(Geset = Samml. S. 1197) zur Anwendung.

§. 8.

Die Staatsregierung wird auf Grund bes §. 5 unter a des Gesetzes vom 24. Februar 1850, betreffend die Verwaltung des Staatsschuldenwesens und Vildung einer Staatsschuldenkommission (Gesetz-Samml. S. 57), ermächtigt, die Verwaltung der Anleihekapitalien der Hauptverwaltung der Staatsschulden zu übertragen.

Die behufs der Tilgung eingelösten oder angekauften Obligationen werden nach Vorschrift des §. 17 des bezeichneten Gesetzt vom 24. Februar 1850 ver-

nichtet und die Geldbeträge öffentlich bekannt gemacht.

§. 9.

Jede Verfügung der Staatsregierung über die im S. 1 bezeichneten Eisenbahnen durch Veräußerung bedarf zu ihrer Rechtsgültigkeit der Zustimmung beider

Häuser des Landtages.

Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf die beweglichen Bestandtheile und Zubehörungen dieser Eisenbahnen und auf die unbeweglichen insoweit nicht, als dieselben nach der Erklärung des Ministers der öffentlichen Arbeiten für den Betrieb der betreffenden Eisenbahn entbehrlich sind.

(Nr. 9771.)

S. 10. Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Verkündigung in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben an Bord M. D. "Hohenzollern", ben 16. Juli 1895.

(L. S.) Wilhelm.

Fürst zu Sobenlohe. v. Boetticher. Miquel. Thielen. Boffe. Frhr. v. Hammerstein. Neber bie Anstübrung der im & a gekroffenen Astlinunggen bat die Etantsregerung den Landlage het gedangener Regelage des Etars der Erienbahre

Anlage 1.

states as notice we have bertrag, assumed to come and the company of the company

deren die im V. I anneichbeten Bereffend betreffend geleichen ist. der Kinning

den Uebergang des Weimar-Geraer Eisenbahnunternehmens auf den Preußischen Staat.

Zwischen der Königlich Preußischen Staatsregierung, vertreten durch den Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrath Kirchhoff als Kommissar des Ministers ber öffentlichen Arbeiten und den Geheimen Finanzrath Lehmann als Kommiffar des Kinanzministers einerseits, und der Direktion der Weimar-Geraer Gisenbahngesellschaft andererseits, ift unter dem Vorbehalte der landesherrlichen Genehmigung, sowie nach erfolgter Zustimmung der Generalversammlung der Aktionäre der vorgenannten Eisenbahngesellschaft folgender Bertrag abgeschloffen worden.

6. 1.

Die Weimar-Geraer Eisenbahngesellschaft tritt an den Preußischen Staat ihr gesammtes bewegliches und unbewegliches Vermögen mit allen ihr zustehenden Rechten und obliegenden Verpflichtungen zu vollem Eigenthum ab. Es gehen baher außer den Bahnanlagen nebst Zubehör, den Dienstwohngebäuden und Dispositionsgrundstücken, fämmtliche Fonds der Gesellschaft, die Materialienbestände, die Betriebsmittel, sowie alle dem Weimar-Geraer Gisenbahnunternehmen zustehenden Rechte und Gerechtigkeiten ohne irgend welche Ausnahme auf den Preußischen Staat über.

que musidestabilités est dans mais, 2,1 mindus est dans entrephenses

Der für die Abtretung dieser Rechte (g. 1) vom Preußischen Staate zu

zahlende Kaufpreis beträgt 2325 000 Mark.

Außerdem übernimmt der Preußische Staat die Prioritätsanleihe, sowie alle sonstigen Schulden der Weimar-Geraer Eisenbahngesellschaft als Selbstschuldner.

then for traffice definition reductions throughoused in the contract of the state of the contract of the contr

Mit dem 1. des zweiten auf die Perfektion dieses Bertrages folgenden

Monats erfolgt die Auflösung der Weimar-Geraer Eisenbahngesellschaft.

Die Liquidation wird für Rechnung des Preußischen Staates von der seitens des Königlich Preußischen Ministers der öffentlichen Arbeiten zu bezeichnenden Königlichen Behörde bewirkt.

and other examples of the Arministry and Arministry of the Company of the Company

Der Preußische Staat ist verpflichtet, vom Tage der Auflösung der Gestellschaft an, den Inhabern von Aktien der WeimarsGeraer Eisenbahngesellschaft gegen Abtretung ihrer Nechte, d. h. gegen Einlieferung ihrer Aktien nebst zusgehörigen Talonds und Dividendenscheinen für 1895 und folgende eine Absindung anzubieten, und zwar:

- a) für je eine Stammaktie à 300 Mark Schuldverschreibungen der dreiprozentigen konfolidirten Preußischen Staatsanleihe zum Nennwerthe von einhundert Mark mit Zinsscheinen für die Zeit vom 1. Januar 1895;
- b) für je eine Stammprioritätsaktie à 600 Mark Schuldverschreibungen der breiprozentigen konfolidirten Preußischen Staatsanleihe zum Nennwerthe von sechshundert Mark mit Zinsscheinen für die Zeit vom 1. Januar 1895, sowie eine baare Zuzahlung von 30 Mark für jede Stammprioritätsaktie.

Der Preußische Staat wird in Höhe der umgetauschten Aktien Aktionär der Gesellschaft und übt als solcher nach Maßgabe seines Besikes an Aktien das

statutarische Stimmrecht aus.

Die Bekanntmachung bes Angebots erfolgt spätestens 14 Tage vor dem Beginn bes Umtausches in den Gesellschaftsblättern. Dieselbe ist sechsmal in Zwischenräumen von wenigstens einem Monate zu wiederholen. Zu dem Umtausche wird der Preußische Staat eine Frist von einem Jahre bewilligen.

§. 5.

Der Preußische Staat ist verpflichtet, ein Jahr nach erfolgter Auflösung der Gesellschaft der mit der Liquidation beauftragten Behörde den Kauspreis für die Abtretung des Unternehmens (S. 2) unter Anrechnung des auf die umgetauschten Aftien (S. 4) entfallenden Liquidationsbetrages behufs stautmäßiger Vertheilung an die Inhaber der Aktien zur Verfügung zu stellen.

(Nr. 9771.)

Gleichzeitig find die Inhaber der Affien durch die Gesellschaftsblätter aufzufordern, binnen einer Frist von drei Monaten ihre Aktien an die Gesellschafts-

kaffe gegen Empfangnahme ihres Antheils an dem Kaufpreise abzuliefern.

Die nach Ablauf der angegebenen dreimonatlichen Frist nicht abgehobenen Beträge werden mit der Maßgabe bei der gesetzlichen Hinterlegungsstelle eingezahlt, daß die Auszahlung nur gegen Rückgabe der Alktien oder auf Grund eines die Alktien für fraftlos erklärenden rechtsfräftigen Ausschlußurtheils erfolgen darf.

Monals exists the Singleting ver 2.6 .8 Secrete Singletings for the Monals exists the Singleting ver 2.6 .8

Die Uebergabe des Kaufobjektes wird am 1. des zweiten auf die Perfektion dieses Vertrages folgenden Monats bewirft. Es soll jedoch bereits vom 1. Januar 1895 ab die Verwaltung und der Betrieb des Weimar Geraer Gifenbahnunternehmens für Rechnung des Preußischen Staates erfolgen, so daß also die Cinfünfte der Bahn schon von diesem Tage ab dem Staate zufallen.

Die Weimar-Geraer Eisenbahngesellschaft, welche in der Zwischenzeit die Verwaltung im Interesse des Areukischen Staates in bisheriger Weise durch ihre Verwaltungsorgane führen läßt, wird fich folgeweise in allen wichtigen Ungelegenheiten der vorgängigen Zustimmung des Königlich Preußischen Ministers

der öffentlichen Arbeiten versichern.

Die Gesellschaft verpflichtet sich, alsbald nach der Verfektion dieses Vertrages das noch Erforderliche zur Uebertragung des Gefellschaftseigenthums an den Preußischen Staat zu veranlassen. Behufs der erforderlichen Uebertragung des Grundeigenthums auf denfelben foll derjenige Beamte der Weimar-Geraer Gifenbahngefellschaft zur Albaabe der Auflaffungserklärung beziehungsweise zur Gigenthumsübertragung ermächtigt sein, welchen in jedem einzelnen Kalle die Großherzoglich Sächfische Staatsregierung benennen wird.

The fall will entitle and community of S. 7.1 dain the Sandands

In Bezug auf die Verwaltung des Unternehmens bis zum Zeitpunkte bes Ueberganges desselben auf den Preußischen Staat verbleibt es bei den Bestimmungen des Statuts.

Der Aufsichtsrath hat das Interesse der Weimar-Geraer Eisenbahngesellschaft gegenüber dem Preußischen Staate, soweit es sich um die Erfüllung Dieses Bertrages handelt, wahrzunehmen und gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten.

Bis zur Beendigung der Liquidation der Gesellschaft wird der Aufsichtsrath alljährlich in bisheriger statutmäßiger Weise gewählt. Einer Deponirung von Alktien der Gesellschaft seitens des Direktors bedarf es fernerhin nicht mehr.

Die gegenwärtigen Mitglieder bes Auffichtsraths erhalten an Stelle ber ihnen statutmäßig zustehenden Tantieme, welche ihnen zulett für das Jahr 1894 gewährt wird, eine aus dem Referve- beziehungsweife Erneuerungsfonds zu entnehmende einmalige Gefammtabfindung von 40000 Mark.

S. 8.

Das gefammte Beamten- und Dienstpersonal der Weimar-Geraer Cifenbahngesellschaft, mit Ausnahme des zeitigen Direktors der Gesellschaft, tritt mit bem Uebergange des Unternehmens auf den Preußischen Staat in den Dienst der Königlichen Verwaltung über, welche die mit jenem Personal zur Zeit des Ueberganges bestehenden Verträge zu erfüllen hat.

Die Beamtenpensions- und Unterstützungskasse ber Weimar-Geraer Gifenbahn bleibt nach dem betreffenden Reglement bestehen, insoweit nicht im Einverständniß mit der zuständigen Kaffenvertretung eine anderweitige Regelung stattfindet.

Der Preußische Staat tritt in alle rücksichtlich der erwähnten Kasse von der Weimar-Geraer Eisenbahngefellschaft übernommenen Verbindlichkeiten ein. Die reglementsmäßigen Rechte ber Gefellschaft werden fünftig durch die zur Berwaltung der Weimar-Geraer Gifenbahn eingesetzte Königliche Behörde ausgeübt.

Dem zeitigen Direktor bleiben seine vertragsmäßigen Ansprüche vermögensrechtlicher Natur gewahrt, sofern nicht ein Abkommen mit ihm wegen Ablösung seiner Unsprüche ober wegen seines Uebertritts in ben Preußischen Staatseisenbahndienst getroffen werden sollte.

nammten Eisenbahmagfellichaft folgender. Q. i. rag abgeschloffen werden:

Seitens der Königlich Preußischen Staatsregierung wird die Genehmigung der Landesvertretung sobald als thunlich herbeigeführt werden.

Dieses Abkommen wird hinfällig, wenn zu demselben die landesherrliche

Genehmigung nicht bis zum 1. Juli 1896 erlangt worden ist.

S. 10. Die Bestimmungen dieses Vertrages sollen nach dessen Perfektion für die Beimar-Geraer Gifenbahngefellschaft Die Geltung statutarischer Bestimmungen haben, so daß also dieser Vertrag als Nachtrag zum Gesellschaftsstatute anzusehen ist.

Berlin, den 4. Juni 1895.

(L. S.) Kirchhoff. (L. S.) Lehmann.

Weimar, den 31. Mai 1895.

Die Direktion der Weimar-Geraer Gisenbahngesellschaft.

nedneplot separties (L. S.) Ernst Kohl.

Normer eifolgt bie Aluftöfung bei Sudl-Eifenbahngefellschaft.
Die Lämidation wood fur Rechinung bes Parufischen Stantes von der

the this special and bertrag, manifest in appropriate mad

der Königlichen Neuwaltenn niere dereffend betreffend gur Ben Ber Des

den Uebergang des Saal-Eisenbahnunternehmens auf den Preußischen Staat. ch tha ver zungemangen zuglenreiterhet dies anverwerige dieseung pauginger. Der Krungliche Staat tritz<u>in salle eins</u>schilikh der erwähnlen Rolfe von

Zwischen der Königlich Preußischen Staatsregierung, vertreten durch den Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrath Kirchhoff als Rommiffar des Ministers der öffentlichen Arbeiten und den Geheimen Finangrath Lehmann als Kommiffar des Kinanzministers einerseits, und der Direktion der Saal-Gisenbahngesellschaft andererseits, ist unter dem Vorbehalte der landesherrlichen Genehmigung, sowie nach erfolgter Zustimmung der Generalversammlung der Aftionäre der vorgenannten Eisenbahngesellschaft folgender Bertrag abgeschlossen worden: Seitens ber Königlich Arenftifden Ctanteregierung wird bie Genehmigung

der Lambesvertreiumg fobald als ihnmil. D. Berbeinenicher merten.

Die Saal-Eisenbahngesellschaft tritt an den Preußischen Staat ihr gesammtes bewegliches und unbewegliches Vermögen mit allen ihr zustehenden Rechten und obliegenden Verpflichtungen zu vollem Eigenthum ab. Es gehen daber außer den Bahnanlagen nebst Zubehör, den Dienstwohngebäuden und Dispositionsgrundstücken, sämmtliche Fonds der Gesellschaft, die Materialienbestände, die Betriebsmittel, sowie alle dem Saal-Cifenbahnunternehmen gustehenden Rechte und Gerechtigkeiten ohne irgend welche Ausnahme auf Den Dreußischen Staat über. \$. 2. . 3081 im & . 4 mod iniball

Der für die Abtretung dieser Rechte (g. 1) vom Preußischen Staate zu zahlende Kaufpreis beträgt 1349280 Mark.

Außerdem übernimmt der Preußische Staat die Prioritätsanleihe sowie alle

sonstigen Schulden der Saal-Eisenbahngesellschaft als Selbstschuldner.

Mit dem 1. des zweiten auf die Perfektion dieses Vertrages folgenden

Monats erfolgt die Auflösung der Saal-Gisenbahngesellschaft.

Die Liquidation wird für Rechnung des Preußischen Staates von der seitens des Königlich Preußischen Ministers der öffentlichen Arbeiten zu bezeichnenden Königlichen Behörde bewirft.

S. 4.

Der Preußische Staat ist verpflichtet, vom Tage der Auflösung der Gesellschaft an, den Inhabern von Aktien der Saal-Eisenbahngesellschaft gegen Abtretung ihrer Rechte, das heißt gegen Einlieserung ihrer Aktien nebst zusgehörigen Talons und Dividendenscheinen für 1895 und folgende eine Absindung anzubieten und zwar:

- a) für je eine Stammaktie à 300 Mark eine Schuldverschreibung der dreis prozentigen konsolidirten Preußischen Staatsanleihe zum Nennwerthe von einhundert und fünfzig Mark mit Zinsscheinen für die Zeit vom 1. Januar 1895, sowie eine baare Zuzahlung von 15 Mark für jede Aktie;
- b) für je eine Stammprioritätsaktie à 300 Mark Schuldverschreibungen der dreiprozentigen konsolidirten Preußischen Staatsanleihe zum Nennwerthe von dreihundert und fünfzig Mark mit Zinsscheinen für die Zeit vom 1. Januar 1895, sowie eine baare Zuzahlung von 15 Mark für jede Aktie.

Der Preußische Staat wird in Höhe der umgetauschten Aktien Aktionär der Gesellschaft und übt als solcher nach Maßgabe seines Besitzes an Aktien das statutarische Stimmrecht aus. Die Stimmberechtigung der Aktionäre regelt sich von der Persektion dieses Vertrages ab in der Weise, daß jede Aktie Sine Stimme gewährt, wogegen die Vorschriften im §. 23 des Gesellschaftsstatuts außer Kraft treten.

Die Bekanntmachung des Angebots erfolgt spätestens 14 Tage vor dem Beginn des Umtausches in den Gesellschaftsblättern. Dieselbe ist sechsmal in zwischenräumen von wenigstens einem Monate zu wiederholen. Zu dem Umtausche wird der Preußische Staat eine Frist von einem Jahre bewilligen.

rath alljährlich in bisheriger frahrimätig. Weise gewählt. Einer Deponitung

Der Preußische Staat ist verpflichtet, ein Jahr nach erfolgter Auflösung der Gesellschaft der mit der Liquidation beauftragten Behörde den Kauspreis für die Abtretung des Unternehmens (§. 2) unter Anrechnung des auf die umgetauschten Aftien (§. 4) entfallenden Liquidationsbetrages behufs statutmäßiger Vertheilung an die Inhaber der Aktien zur Verfügung zu stellen.

Gleichzeitig sind die Inhaber der Aktien durch die Gesellschaftsblätter aufzufordern, binnen einer Frist von drei Monaten ihre Aktien an die Gesellschaftskasse

gegen Empfangnahme ihres Antheils an dem Kaufpreise abzuliefern.

Die nach Ablauf der angegebenen dreimonatlichen Frist nicht abgehobenen Beträge werden mit der Maßgabe bei der gesetlichen Hinterlegungsstelle eingezahlt, daß die Auszahlung nur gegen Rückgabe der Aktien oder auf Grund eines die Aktien für fraftlos erklärenden rechtskräftigen Ausschlußurtheils erfolgen darf.

(Nr. 9771.)

S. 6.

Die Uebergabe des Kaufobjekts wird am 1. des zweiten auf die Perfektion dieses Vertrages folgenden Monats bewirkt. Es soll jedoch bereits vom 1. Januar 1895 ab die Verwaltung und der Betrieb des Saal-Sisenbahnunternehmens für Rechnung des Preußischen Staates erfolgen, so daß also die Sinkünste der Bahn schon von diesem Tage ab dem Staate zufallen.

Die Saal-Eisenbahngesellschaft, welche in der Zwischenzeit die Verwaltung im Interesse des Preußischen Staates in bisheriger Weise durch ihre Verwaltungsorgane führen läßt, wird sich folgeweise in allen wichtigen Angelegenheiten der vorgängigen Zustimmung des Königlich Preußischen Ministers der öffentlichen

Arbeiten versichern.

Die Gesellschaft verpflichtet sich, alsbald nach der Perfektion dieses Vertrages das noch Erforderliche zur Uebertragung des Gesellschaftseigenthums an den Preußischen Staat zu veranlassen. Behufs der erforderlichen Uebertragung des Grundeigenthums auf denselben soll derzenige Beamte der Saal-Eisenbahn-gesellschaft zur Abgabe der Auflassungserklärung beziehungsweise zur Eigenthums-übertragung ermächtigt sein, welchen in jedem einzelnen Falle die Großherzoglich Sächsische Staatsregierung benennen wird.

von der Nerfettion Diefes Bertrages ab. In. Er Weife, bag jebe Aftie Eine Simme

In Bezug auf die Verwaltung des Unternehmens bis zum Zeitpunkte des Ueberganges desselben auf den Preußischen Staat verbleibt es bei den Bestimmungen des Statuts.

Der Aufsichtsrath hat das Interesse der Saal-Eisenbahngesellschaft gegenüber dem Preußischen Staate, soweit es sich um die Erfüllung dieses Vertrages

handelt, wahrzunehmen und gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten.

Bis zur Beendigung der Liquidation der Gesellschaft wird der Aufsichtsrath alljährlich in bisheriger statutmäßiger Weise gewählt. Einer Deponirung von Aktien der Gesellschaft seitens der Mitglieder der Direktion bedarf es fernerhin

nicht mehr.

Die gegenwärtigen Mitglieder des Aufsichtsraths erhalten an Stelle der ihnen statutmäßig zustehenden Bezüge, welche ihnen zuletzt für das Jahr 1894 gewährt werden, eine aus dem Reserve- beziehungsweise Erneuerungsfonds zu entnehmende einmalige Gesammtabsindung von 24 000 Mark.

priordern, binnen einer Frijt von drei Monaten ihre Afthen an die Geleufsbatisfaffe

Das gesammte Beamten- und Dienstpersonal der Saal-Eisenbahngesellschaft, mit Ausnahme des zeitigen Direktors der Gesellschaft, tritt mit dem Uebergange des Unternehmens auf den Preußischen Staat in den Dienst der Königlichen Berwaltung über, welche die mit jenem Personal zur Zeit des Ueberganges bestehenden Verträge zu erfüllen hat.

Die Beamtenvensions. und Unterstützunaskasse ber Saal-Cisenbahn bleibt nach dem betreffenden Realement bestehen, insoweit nicht im Einverständniß mit

ber zuständigen Kaffenvertretung eine anderweitige Regelung stattfindet.

Der Preußische Staat tritt in alle rücksichtlich der erwähnten Raffe von der Saal-Cisenbahngesellschaft übernommenen Verbindlichkeiten ein. Die reglementsmäßigen Rechte der Gesellschaft werden fünftig durch die zur Verwaltung ber Saal-Eisenbahn eingesetzte Königliche Behörde ausgeübt.

Dem zeitigen Direktor bleiben seine vertragsmäßigen Ansprüche vermögensrechtlicher Natur gewahrt, sofern nicht ein Abkommen mit ihm wegen Ablösung feiner Ansprüche ober wegen feines Uebertritts in den Preußischen Staatseisenbahn-

bienst getroffen werden sollte. Mirthidiafiafondes, Die Materialiender, Die Detriebsmittel, sowie alle dem

vom Drenkischen Stagte zu

Seitens der Königlich Preußischen Staatsregierung wird die Genehmigung der Landesvertretung sobald als thunlich herbeigeführt werden.

Dieses Abkommen wird hinfällig, wenn zu demselben die landesberrliche

Genehmigung nicht bis zum 1. Juli 1896 erlangt worden ist.

S. 10. meloid printertide sid rift :

Die Bestimmungen dieses Bertrages sollen nach bessen Verfektion für die Saal-Cifenbahngefellschaft die Geltung ftatutarischer Bestimmungen haben, so daß also diefer Vertrag als Nachtrag zum Gesellschaftsstatute anzusehen ift.

Berlin, den 20. Mai 1895.

Jena, ben 18. Mai 1895.

Die Direktion der Saal-Eisenbahngesellschaft.

(L. S.) Mirus.

Der Arenkische Staat in vergifichtet, wone Sage ber Rustiffung von Ge-

mang hachildenandadunied errolle von minile nor medadiel med no frediller myrodenan feder withite with provincialists nepen d. a. electe, Anlage 3.

vertrag,

red nopmunischermenliche freise betreffend allementes beite of until

den Uebergang des Werra-Eisenbahnunternehmens auf den Preußischen Staat.

Der Rengische Staat wird in Buche der umgetauschten Alliem Alliemär Iwischen der Königlich Preußischen Staatsregierung, vertreten durch den Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrath Kirchhoff als Kommiffar bes Ministers der öffentlichen Arbeiten und den Geheimen Finangrath Lehmann als Rommiffar (Nr. 9771.)

bes Kinanzministers einerseits, und der Direktion der Werra-Gisenbahngesellschaft andererseits, ist unter dem Vorbehalte der landesherrlichen Genehmigung, sowie nach erfolgter Zustimmung der Generalversammlung der Aktionäre der vorgenannten Eisenbahngesellschaft folgender Vertrag abgeschlossen worden:

venellografic and sid down villagid to S. 1. facilitated and stook regulifimations

Die Werra-Gisenbahngesellschaft tritt an den Preußischen Staat ihr gesammtes bewegliches und unbewegliches Vermögen mit allen ihr zustehenden Rechten und obliegenden Verpflichtungen zu vollem Eigenthum ab. Es geben daher außer den Bahnanlagen nebst Zubehör, den Dienstwohngebäuden und Dispositionsgrundstücken, sämmtliche Fonds der Gesellschaft, einschieklich des Wirthschaftsfonds, die Materialienbestände, die Betriebsmittel, sowie alle dem Werra-Eisenbahnunternehmen zustehenden Rechte und Gerechtigkeiten ohne irgend welche Ausnahme auf den Preußischen Staat über.

Somehmigung nicht bis zum 1. Juli 18. 8 erlangt worden in Der für die Abtretung diefer Rechte (g. 1) vom Preußischen Staate zu zahlende Kaufpreis beträgt 5 006 900 Mark.

Außerdem übernimmt der Preußische Staat die Prioritätsanleihen sowie alle sonstigen Schulden der Werra-Gisenbahngefellschaft als Selbstschuldner.

\$. 3. . 3881 hold os mod mines

Mit dem 1. des zweiten auf die Perfektion dieses Vertrages folgenden

Monats erfolgt die Auflösung der Werra-Gisenbahngesellschaft.

Die Liquidation wird für Rechnung des Preußischen Staates von der seitens des Königlich Preußischen Ministers der öffentlichen Arbeiten zu bezeichnenden Königlichen Behörde bewirkt.

. 8 1 1 (. 4. d. d)

Der Preußische Staat ist verpflichtet, vom Tage der Auflösung der Gesellschaft an, den Inhabern von Aktien der Werra-Gisenbahngesellschaft gegen Abtretung ihrer Rechte, d. h. gegen Einlieferung ihrer Aftien nebst zugehörigen Talons und Dividendenscheinen für 1895 und folgende eine Abfindung anzubieten und zwar:

für je zwei Stammaktien à 300 Mark Schuldverschreibungen ber breiprozentigen konsolidirten Preußischen Staatsanleihe zum Nennwerthe von 450 Mark mit Zinsscheinen für die Zeit vom 1. Januar 1895, sowie eine baare Zuzahlung von 10 Mark für jede Aktie.

Der Preußische Staat wird in Höhe ber umgetauschten Aftien Aftionar der Gesellschaft und übt als solcher nach Maßgabe seines Besitzes an Alktien das statutarische Stimmrecht aus. Die Stimmberechtigung der Aftionäre regelt sich pon der Perfektion biefes Bertrages ab in der Weise, daß jede Aktie Gine Stimme

gewährt, wogegen die Vorschriften im S. 26 des Gesellschaftsstatuts außer Kraft treten

Die Bekanntmachung des Angebots erfolgt spätestens 14 Tage vor dem Beginn des Umtausches in den Gesellschaftsblättern. Dieselbe ist 6 Mal in Zwischenräumen von wenigstens einem Monate zu wiederholen. Zu dem Umstausche wird der Preußische Staat eine Frist von einem Jahre bewilligen.

§. 5.

Der Preußische Staat ist verpflichtet, ein Jahr nach erfolgter Auflösung der Gesellschaft der mit der Liquidation beauftragten Behörde den Kauspreis für die Abtretung des Unternehmens (§. 2) unter Anrechnung des auf die umgetauschten Attien (§. 4) entfallenden Liquidationsbetrages behufs statutmäßiger Vertheilung an die Inhaber der Attien zur Verfügung zu stellen.

Gleichzeitig sind die Inhaber der Aktien durch die Gesellschaftsblätter aufzufordern, binnen einer Frift von drei Monaten ihre Aktien an die Gesellschaftskasse

gegen Empfangnahme ihres Untheils an bem Raufpreise abzultefern.

Die nach Ablauf der angegebenen dreimonatlichen Frist nicht abgehobenen Beträge werden mit der Maßgabe bei der gesetzlichen Hinterlegungsstelle eingezahlt, daß die Auszahlung nur gegen Rückgabe der Aktien oder auf Grund eines die Aktien für kraftlos erklärenden rechtskräftigen Ausschlußurtheils erfolgen dark.

S. 6.

Die Uebergabe des Kaufobjektes wird am 1. des zweiten auf die Perfektion dieses Vertrages folgenden Monats bewirkt. Es soll jedoch bereits vom 1. Januar 1895 ab die Verwaltung und der Vetrieb des Werra-Cisenbahn-unternehmens für Rechnung des Preußischen Staates erfolgen, so daß also die Einkünste der Bahn schon von diesem Tage ab dem Staate zufallen.

Die Werra-Eisenbahngesellschaft, welche in der Zwischenzeit die Verwaltung im Interesse des Preußischen Staates in disheriger Weise durch ihre Verwaltungsorgane führen läßt, wird sich folgeweise in allen wichtigen Angelegenheiten der vorgängigen Zustimmung des Königlich Preußischen Ministers der öffentlichen

Alrbeiten versichern.

Die Gesellschaft verpflichtet sich, alsbald nach der Perfektion dieses Vertrages das noch Erforderliche zur Uebertragung des Gesellschaftseigenthums an den Preußischen Staat zu veranlassen. Behufs der erforderlichen Uebertragung des Grundeigenthums auf denselben soll derjenige Beamte der Werra-Eisenbahngesellschaft zur Abgabe der Auflassungserklärung beziehungsweise zur Eigenthums-übertragung ermächtigt sein, welchen in jedem einzelnen Falle die Herzoglich Sachsen-Meiningensche Staatsregierung benennen wird.

Sellens ber Rinigitch Menfelfer ?. 7. affdren bie Genebrung

In Bezug auf die Verwaltung des Unternehmens bis zum Zeitpunkt des Ueberganges desselben auf den Preußischen Staat verbleibt es bei den Bestimmungen des Statuts.

Der Verwaltungsrath hat das Interesse der Werra-Eisenbahngesellschaft gegenüber dem Preußischen Staate, soweit es sich um die Erfüllung dieses Vertrages handelt, wahrzunehmen und gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten.

Bis zur Beendigung der Liquidation der Gesellschaft wird der Verwaltungsrath alljährlich in bisheriger statutmäßiger Weise gewählt. Einer Deponirung von Aktien der Gesellschaft seitens der Mitglieder des Verwaltungsraths bedarf es fernerhin nicht mehr.

§. 8.

Das gesammte Beamten- und Dienstpersonal der Werra-Eisenbahngesellschaft, mit Ausnahme des Vorsitzenden der Gesellschaftsdirektion, tritt mit dem Uebergange des Unternehmens auf den Preußischen Staat in den Dienst der Königlichen Verwaltung über, welche die mit jenem Personal zur Zeit des Ueberganges bestehenden Verträge zu erfüllen hat.

Die Beamtenpenstonskasse der Werra-Gisenbahn bleibt nach dem betreffenden Reglement bestehen, insoweit nicht im Einverständniß mit der zuständigen Kassen-

vertretung eine anderweitige Regelung stattfindet.

Der Preußische Staat tritt in alle rücksichtlich ber erwähnten Kasse von der Werra-Eisenbahngesellschaft übernommenen Verbindlichkeiten ein. Die reglementsmäßigen Rechte der Gesellschaft werden künftig durch die zur Verwaltung

der Werra-Cisenbahn eingesetzte Königliche Behörde ausgeübt.

Der zeitige Direktor erhält im Falle der Aufgabe der ihm vertragsmäßig zustehenden Rechte und Kompetenzen bei dem Uebergange der Verwaltung des Werra-Sisenbahnunternehmens auf den Preußischen Staat eine aus dem Reservesonds zu entnehmende einmalige baare Absindung von 150 000 Mark. Der vorbezeichnete Vetrag ermäßigt sich, insosern ein Abkommen wegen des Uebertritts des Direktors in den Preußischen Staatseisenbahndienst geschlossen werden sollte, um den darin zu vereinbarenden Vetrag.

ergane fubren läst, wird sich solgen, g. allen wichtigen Augelegenhein

Die Werra-Eisenbahngesellschaft hat die dem Bayerischen Staate gehörige Strecke von der Coburgisch-Bayerischen Landesgrenze dis Lichtenfels von diesem gepachtet. Mit dem Zeitpunkte des Ueberganges der Werra-Eisenbahn auf den Preußischen Staat scheidet die Werra-Eisenbahn in Voraussetzung der Zustimmung des Bayerischen Staates aus diesem Vertragsverhältniß aus und tritt der Preußische Staat mit dem gleichen Zeitpunkte an die Stelle der Werra-Eisenbahngesellschaft mit denselben Rechten und Pflichten in dies Vertragsverhältniß ein.

S. 10.

Seitens der Königlich Preußischen Staatsregierung wird die Genehmigung der Landesvertretung sobald als thunlich herbeigeführt werden.

Dieses Abkommen wird hinfällig, wenn zu demselben die landesherrliche

Genehmigung nicht bis zum 1. Juli 1896 erlangt worden ift.

6. 11.

Die Bestimmungen dieses Vertrages sollen nach bessen Perfettion für die Werra-Gisenbahngesellschaft die Geltung statutarischer Bestimmungen haben, fo daß also dieser Vertrag als Nachtrag zum Gesellschaftsstatute anzusehen ist.

Berlin, den 16. Juni 1895.

(L. S.) Rirchhoff. (L. S.) Lehmann.

Meiningen, den 15. Juni 1895.

Die Direktion der Werra-Eisenbahngesellschaft.

tone I noch in mer met du (L. S.) Graeger.

Annaldigule samesing normagness Anlage 4.

Preußen und Sachsen-Weimar, betreffend die zur Zeit den Weimar-Geraer, Saal- und Werra- Eisenbahnunternehmungen angehörigen, im Sachsen-Weimarischen Staatsgebiete belegenen Gisenbahnen.

Unter der Voraussetzung, daß mit der Weimar-Geraer, Saal- und Werra-Eisenbahngesellschaft wegen des Ueberganges ihrer Unternehmungen auf den Preußischen Staat eine Verständigung herbeigeführt werden wird, haben zum Zwecke der hierdurch erforderlich werdenden anderweiten Regelung der Verhältniffe der zu den genannten Unternehmungen gehörigen Strecken, soweit dieselben auf Großberzoglich Sächsischem Staatsgebiete liegen, zu Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät ber König von Preußen:

midne multipared doctor and the form burner of

Allerhöchstihren Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrath Hermann Rirchhoff und Allerhöchstihren Geheimen Finanzrath Friedrich wied den Lehmann,

Seine Königliche Hoheit ber Großherzog von Sachsen: Allerhöchstihren Geheimen Staatsrath Karl Rothe und Allerhöchstihren Geheimen Regierungsrath Dr. Karl Slevogt,

von welchen Bevollmächtigten, unter dem Vorbehalte der landesherrlichen Ratifikation, folgender Vertrag abgeschlossen ist.

Gefet, Samml. 1895. (Nr. 9771.)

Artifel I.

Die Großherzoglich Sächsische Regierung erklärt sich damit einverstanden, daß das Weimar-Geraer, Saal- und Werra-Eisenbahnunternehmen nach Maßgabe der zwischen der Preußischen Staatsregierung und den vorgenannten Eisenbahngesellschaften abgeschlossenen beziehungsweise abzuschließenden Verstaatlichungsverträge auf den Preußischen Staat übergeht.

Artifel II.

Die Großherzoglich Sächsische Regierung überträgt von dem Tage ab, an welchem die Direktionen der im Artikel I genannten Eisenbahngesellschaften die Verwaltung ihrer Unternehmungen an die von der Königlich Preußischen Regierung zu bezeichnende Königliche Behörde übergeben, auf den Preußischen Staat das ihr nach den wegen der im Artikel I genannten Eisenbahnen abgeschlossenen Staatsverträgen, den Statuten dieser drei Eisenbahngesellschaften, sowie den den letzteren ertheilten Konzessionen zustehende Aussichtsrecht.

Artifel III.

Die Landeshoheit über die im Großherzoglich Sächsischen Gebiete belegenen Strecken der im Artikel I genannten Eisenbahnen bleibt der Großherzoglich Sächsischen Regierung vorbehalten, und soll hinfort unter Beobachtung der nachstehenden Bestimmungen ausgeübt werden:

1) Die allgemeine Landespolizei und die Rechtspflege in Bezug auf alle Vorgänge auf dem Bahnkörper verbleiben den Großherzoglich Sächsi-

schen Staatsbehörden.

2) Die Handhabung der Bahnpolizei auf den im Großherzogthum Sachsen belegenen Eisenbahnstrecken erfolgt durch die Königlich Preußischen Eisenbahnbehörden und Beamten, welche auf Vorschlag der Königlich Preußischen Betriebsverwaltung von den zuständigen Großherzoglichen Behörden in Pflicht zu nehmen sind.

3) Die Kandhabung der allgemeinen Sicherheitspolizei liegt hinsichtlich der im Großherzogthum Sachsen belegenen Eisenbahnstrecken den betreffenden Großherzoglich Sächsischen Organen ob. Dieselben werden den Bahnpolizeibeamten auf deren Ansuchen bereitwillig Unterstützung leisten.

4) Auf die Gemeindebesteuerung der Bahnstrecken innerhalb des Großherzoglich Sachsen-Weimarischen Staatsgebietes, insbesondere auf die
Berechnung des gemeindesteuerpflichtigen Reineinkommens und dessen Vertheilung unter die betheiligten Gemeinden sinden vom 1. Januar 1896 an die Bestimmungen des Preußischen Kommunalabgabengesetes vom 14. Juli 1893 (Preußische Geseß-Samml. S. 152) oder der künstighin etwa an dessen Stelle tretenden späteren Gesetze in der gleichen Weise Anwendung, als wenn die Bahnen auf Königlich Preußischem Gebiete gelegen wären. Die Zahlung erfolgt alljährlich bis zum 1. Juli für das poraus-

gegangene Ralenderjahr.

Bei Keststellung des Verhältnisses, nach welchem die von der Weimar-Geraer, Saal- und Werrabahn berührten, auf Großherzoglich Sachsen-Weimarischem Gebiete gelegenen Gemeinden gemäß der Bestimmungen des S. 47 Absat 2 beziehungsweise Absat 1 unter b des Breukischen Kommunalsteuergesetes an dem gemeindesteuerpflichtigen Einkommen der für Rechnung des Preußischen Staates verwalteten Eisenbahnen betheiligt werden, follen nur diejenigen Ausgaben an Gebältern und Löhnen zu Grunde gelegt werden, welche aus dem Betriebe der porstehend genannten Bahnen erwachsen.

> Eine weitere Besteuerung der betreffenden Eisenbahnstrecken durch Die Gemeinden oder andere korporativen Verbande wird die Großberzoglich Sächsische Regierung nicht zulassen. Sofern dieser Vereinbarung zuwider solche Steuern ober Abaaben zur Erhebung gelangen follten, hat die Großberzoglich Sächfische Regierung die hierfür ge-

leisteten Alusgaben zu erstatten.

5) An Stelle des Eisenbahnabgabeantheils, welcher von den im Artikel I genannten Eisenbahnunternehmungen dem Großberzogthum Sachsen zusteht, ist auf die Dauer von fünf Jahren, vom 1. Januar 1895 ab, eine Aversionalvergütung von jährlich 10000 Mark zu zahlen. Nach Ablauf dieser Frist erfolgt die Erhebung dieser Abgabe nach Analogie des Weimarischen Gesetzes vom 18. März 1873, soweit nicht die Keftstellung eines Aversums auf einen späteren Zeitraum zwischen den beiderseitigen Staatsregierungen vereinbart wird.

Im Weiteren wird von dem Grund- und Gebäudebesit der fraglichen Eisenbahnunternehmungen die Grund= und Gebäudesteuer nach den allgemeinen Bestimmungen der jeweiligen Landesgesetzgebung

erhoben.

Die Großherzogliche Regierung verpflichtet sich, von den im Artifel I genannten Gisenbahnunternehmungen anderweite Staatssteuern

nicht zu erheben.

6) Auf die Tarifbildung, auf die Art und Weise der Beförderung sowie auf die Feststellung des Fahrplanes für die im Artikel I genannten Eisenbahnen steht der Großberzoglich Sachsen-Weimarischen Regieruna eine Einwirfung nicht zu; jedoch soll die Aufstellung von Bahnhofsprojekten und die Aenderung des Personenzug-Kahrplans nur nach vorgängigem Benehmen mit der Großberzoglichen Regierung erfolgen, damit den Wünschen derfelben die thunlichste Berücksichtigung nicht versagt werde. Es sollen übrigens in den Tarifen für die Bahnen feine höheren Einheitssätze in Anwendung kommen, als in den allgemeinen Tarifen und den allgemeinen Ausnahmetarifen für die Bahnstrecken des angrenzenden Preußischen Eisenbahndirektionsbezirks.

64*

7) Für die Einziehung von Stationen (einschließlich Haltestellen und Haltepunkten), für die Neueinrichtung solcher innerhalb des Großherzoglich Sächsischen Gebiets, sowie für die Einstellung des Betriebes auf den jetzt innerhalb des Großherzogthums betriebenen Strecken der im Artikel I genannten Eisenbahnen ist die Zustimmung der Großherzoglichen Regierung erforderlich.

8) Ein Recht auf den Erwerd der in Sachsen-Weimar belegenen Strecken der im Artikel I genannten Eisenbahnen wird die Großherzoglich Sächstiche Regierung nicht in Anspruch nehmen; dagegen bedarf ein Verkauf der gedachten Bahnen oder einzelner Strecken derselben, soweit sie auf Großherzoglich Sächstichem Gebiet liegen, an einen anderen Käuser als das Reich, ebenso die Uebertragung des Betriebes auf einen anderen Betriebsunternehmer, der Zustimmung der Großherzoglich Sächsischen Staatsregierung.

9) An den im Gebiete des Großherzogthums Sachsen belegenen Strecken der im Artikel I genannten Eisenbahnen sollen nur die Hoheitszeichen

der Großherzoglichen Regierung angebracht werden.

10) Der Großherzoglich Sächsischen Regierung bleibt vorbehalten, die Handhabung der ihr über die betreffenden Bahnstrecken zustehenden Hoheitsrechte, sowie die etwaigen Verhandlungen mit der Bahnverwaltung einer Behörde oder einem besonderen Kommissarius zu übertragen.

Diese Behörde beziehungsweise dieser Kommissarius hat die Beziehungen der Großherzoglichen Regierung zu der Eisenbahnverwaltung in allen Fällen zu vertreten, die nicht zum direkten Einschreiten der

zuständigen Polizei- oder Gerichtsbehörde geeignet sind.

Die Eisenbahnverwaltung hat sich an diese Behörde beziehungsweise an diesen Kommissar in allen zu der Zuständigkeit derselben gehörenden Angelegenheiten zu wenden.

Artifel IV.

Die Königlich Preußische Regierung wird bei der Verwaltung der im Artikel I genannten Sisenbahnen die Verkehrs- und volkswirthschaftlichen Interessen des Großherzogthums Sachsen in gleichem Maße berücksichtigen, wie die entsprechenden Interessen der Preußischen Landestheile. Sie wird weder im Personen- noch im Güterverkehre zwischen den beiderseitigen Unterthanen hinsichtlich der Zeit der Abfertigung oder hinsichtlich der Beförderungspreise einen Unterschied machen.

Preußische Staatsangehörige, welche in dem Großherzoglich Sächsischen Gebiete stationirt sind, erleiden dadurch keine Aenderung ihres Staatsangehörigskeitsverhältnisses. Die Beamten der im Großherzogthum Sachsen belegenen Eisenbahnstrecken sind rücksichtlich der Disziplin lediglich ihren Dienstvorgesetzten beziehungsweise den Aufsichtsorganen der Königlich Preußischen Staatsregierung,

im Uebrigen aber ben Gesetzen und Behörden des Staates, in welchem sie ihren

Wohnsit haben, unterworfen.

Bei der Anstellung von Bahnwärtern, Weichenstellern und sonstigen dergleichen Unterbeamten innerhalb des Großherzoglich Sächsischen Staatsgebietes soll auf Angehörige des letzteren vorzugsweise Rücksicht genommen werden, falls geeignete Militäranwärter, unter welchen die Großherzoglich Sächsischen Staatsangehörigen gleichsfalls den Vorzug haben, zur Besetzung der bezeichneten Stellen nicht zu ermitteln sind.

Artifel V.

Die Königlich Preußische Regierung wird anderen Sisenbahnunternehmungen den Anschluß an die Bahn auf den innerhalb des Großherzogthums Sachsen belegenen Stationen auf Verlangen der Großherzoglich Sächsischen Regierung nicht versagen. Ueber die hierbei etwa erforderlich erscheinenden besonderen Vereinbarungen werden die hohen vertragschließenden Regierungen sich in jedem einzelnen Falle verständigen.

In Betreff des Anschlusses der Felda-Bahn bewendet es bei dem Vertrage zwischen dem Großherzoglich Sächsischen Staatsministerium und der Werra-Eisen-

bahngesellschaft vom 8. Mai 1878.

nne engagen eine der der Artikel VI.

Die Königlich Preußische Regierung wird bei der Verwaltung und dem Vetriebe der im Artikel I genannten Sisenbahnen den übrigen im Großherzogthum Sachsen gelegenen Sisenbahnen unter Beachtung der allgemeinen Verkehrsinteressen jede billige Rücksicht und Förderung zu Theil werden lassen.

Artifel VII.

Die Großherzoglich Sachsen-Weimarische Regierung hat für die Stammattien der Weimar-Geraer und Werra-Eisenbahn eine Zinsgarantie geleistet, aus welcher ihr unter bestimmten Modalitäten ein Anspruch auf Erstattung zusteht, und zwar bezüglich der Werrabahn sowohl hinsichtlich des Kapitals wie der Zinsen.

Zur Ablösung dieses Anspruches wird die Königlich Preußische Regierung der Großherzoglich Sachsen-Weimarischen Regierung drei Monate nach dem Uebergange der im Artikel I genannten Eisenbahnunternehmungen auf den

Preußischen Staat einen Baarbetrag von 441 000 Mark zahlen.

Hückzahlung des Restes der von ihr geleisteten Vorschüsse nehst Zinsen.

Artifel VIII.

Der wegen Herstellung einer Eisenbahn von Jüdewein nach Oppurg zwischen Preußen und Sachsen-Weimar abgeschlossene Staatsvertrag vom 17./31. Januar 1893 (Preußische Gesetz-Samml. S. 110) wird ausgehoben.

(Nr. 9771.)

Artifel IX.

Der Preußische Staat ist berechtigt, alle für ihn aus diesem Vertrage hervorgehenden Rechte und Verpflichtungen auf das Reich zu übertragen.

So geschehen zu Berlin, den 27. Mai 1895.

(L. S.) Rirchhoff.

(L. S.) Rothe.

(L. S.) Lehmann.

(L. S.) Dr. Slevogt.

Alnlage 5.

Staatsvertrag

zwischen zwischen

Preußen und Sachsen-Meiningen, betreffend die zur Zeit den Weimar-Geraer-, Saal- und Werra-Eisenbahnunternehmungen angehörigen, im Sachsen-Meiningenschen Staatsgebiete belegenen Eisenbahnen.

Unter der Boraussehung, daß mit der Weimar-Geraer-, Saal- und Werra-Eisenbahngesellschaft wegen des Ueberganges ihrer Unternehmungen auf den Preußischen Staat eine Verständigung herbeigeführt werden wird, haben zum Zwecke der hierdurch ersorderlich werdenden anderweiten Regelung der Verhältnisse der zu den genannten Unternehmungen gehörigen Strecken, soweit dieselben auf Herzoglich Sachsen-Meiningenschem Staatsgebiete liegen, zu Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der König von Preußen:

Allerhöchstihren Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrath Hermann Kirchhoff und

Allerhöchstihren Geheimen Finangrath Friedrich Lehmann,

Seine Hoheit der Herzog von Sachfen-Meiningen:

Höchstihren Geheimen Staatsrath Rudolf Ziller und

Höchstihren Geheimen Staatsrath Dr. jur. Max Friedrich von Butler, von welchen Bevollmächtigten, unter dem Vorbehalte der landesherrlichen Ratifikation, folgender Vertrag abgeschlossen ist.

Artifel I.

Die Herzoglich Sachsen-Meiningensche Regierung erklärt sich damit einverstanden, daß das Weimar-Geraer-, Saal- und Werra-Eisenbahnunternehmen nach Maßgabe der zwischen der Preußischen Staatsregierung und den vorgenannten Eisenbahngesellschaften abgeschlossenen beziehungsweise abzuschließenden Verstaat-lichungsverträge auf den Preußischen Staat übergeht.

Artifel II.

Die Herzoglich Sachsen-Meiningensche Regierung überträgt von dem Tage ab, an welchem die Direktionen der im Artikel I genannten Sisenbahngesellschaften die Verwaltung ihrer Unternehmungen an die von der Königlich Preußischen Regierung zu bezeichnende Königliche Behörde übergeben, auf den Preußischen Staat das ihr nach den wegen der im Artikel I genannten Sisenbahnen abgeschlossenen Staatsverträgen, den Statuten dieser drei Sisenbahngesellschaften sowie den den letzteren ertheilten Konzessionen zustehende Aussichtsrecht.

Artifel III.

Die Landeshoheit über die im Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Gebiete belegenen Strecken der im Artikel I genannten Sisenbahnen bleibt der Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Regierung vorbehalten, und soll hinfort unter Beobachtung der nachstehenden Bestimmungen ausgeübt werden:

1) Die Allgemeine Landespolizei und die Rechtspflege in Bezug auf alle Vorgänge auf dem Bahnkörper verbleiben den Herzoglich Sachsen-

Meiningenschen Staatsbehörden.

2) Die Handhabung der Bahnpolizei auf den im Herzogthum Sachsen-Meiningen belegenen Eisenbahnstrecken erfolgt durch die Königlich Preußischen Eisenbahnbehörden und Beamten, welche auf Vorschlag der Königlich Preußischen Betriebsverwaltung von den zuständigen Herzoglichen Behörden in Pslicht zu nehmen sind.

3) Die Handhabung der allgemeinen Sicherheitspolizei liegt hinsichtlich der im Herzogthum Sachsen-Meiningen belegenen Eisenbahnstrecken den betreffenden Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Organen ob. Diefelben werden den Bahnpolizeibeamten auf deren Ansuchen bereitwillia

Unterstützung leisten.

4) Auf die Gemeindebesteuerung der Bahnstrecken innerhalb des Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Staatsgebietes, insbesondere auf die Berechnung des gemeindesteuerpslichtigen Reineinkommens und dessen Bertheilung unter die betheiligten Gemeinden, sinden vom 1. Januar 1896 an die Bestimmungen des Preußischen Rommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (Preußische Gesetz-Samml. S. 152) oder der künftighin etwa an dessen Stelle tretenden späteren Gesetze in der gleichen Weise Anwendung, als wenn die Bahnen auf Königlich Preußischem Gebiete

gelegen wären. Die Zahlung erfolgt alljährlich bis zum 1. Juli für

das vorausgegangene Kalenderjahr.

Bei Feststellung bes Verhältnisses, nach welchem die von der Weimar-Geraer, Saal- und Werrabahn berührten, auf Herzoglich Sachsen-Meiningenschem Gebiete belegenen Gemeinden gemäß der Bestimmungen des §. 47 Absatz beziehungsweise Absatz unter des Preußischen Kommunalsteuergesetzs an dem gemeindesteuerpslichtigen Einkommen der für Rechnung des Preußischen Staates verwalteten Sisendahnen betheiligt werden, sollen nur diesenigen Ausgaben an Gehältern und Löhnen zu Grunde gelegt werden, welche aus dem Betriebe der vorstehend genannten Bahnen erwachsen. Eine weitere Besteuerung der betressenden Sisendahnstrecken durch die Gemeinden oder andere korporativen Verbände wird die Herzoglich Sachsen-Meiningensche Regierung nicht zulassen zur Erhebung gelangen sollten, hat die Herzogliche Regierung die hierfür geleisteten Ausgaben zu erstatten.

5) An Stelle des Eisenbahnabgabeantheils, welcher von den im Artifel I genannten Eisenbahnunternehmungen dem Herzogthum SachsenMeiningen zusteht, ist auf die Dauer von fünf Jahren, vom 1. Januar 1895 ab, eine Aversionalvergütung von jährlich 10 500 Mark zu zahlen. Nach Ablauf dieser Frist erfolgt die Erhebung dieser Abgabe gemäß den Bestimmungen des Meiningenschen Gesehes vom 30. April 1873, soweit nicht die Feststellung eines Aversums auf einen späteren Zeitraum zwischen den beiderseitigen Staatsregierungen vereinbart wird.

Im Weiteren wird von dem Grund- und Gebäudebesit der fraglichen Eisenbahnunternehmungen die Grund- und Gebäudesteuer nach den allgemeinen Bestimmungen der jeweiligen Landesgesetzgebung er-

hoben.

Die Herzogliche Regierung verpflichtet sich, von den im Artikel I genannten Eisenbahnunternehmungen anderweite Staatssteuern nicht zu

erheben.

6) Auf die Tarifbildung, auf die Art und Weise der Beförderung, sowie auf die Feststellung des Fahrplanes für die im Artisel I genannten Sisenbahnen steht der Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Regierung eine Sinwirkung nicht zu; jedoch soll die Ausstellung von Bahnhossprojekten und die Aenderung des Personenzug-Fahrplans nur nach vorgängigem Benehmen mit der Herzoglichen Regierung erfolgen, damit den Wünschen derselben die thunlichste Berücksichtigung nicht versagt werde. Es sollen übrigens in den Tarisen für die Bahnen keine höheren Sinheitssähe in Anwendung kommen, als in den allgemeinen Tarisen und den allgemeinen Ausnahmetarisen für die Bahnstrecken des angrenzenden Preußischen Sisenbahndirektionsbezirks.

7) Für die Einziehung von Stationen (einschließlich Haltestellen und Haltespunkten), für die Neueinrichtung solcher innerhalb des Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Gebietes, sowie für die Einstellung des Betriebes auf den jetzt innerhalb des Herzogthums betriebenen Strecken der im Urtikel I genannten Eisenbahnen ist die Zustimmung der Herzoglich

Sachsen-Meiningenschen Regierung erforderlich.

8) Ein Recht auf den Erwerb der in Sachsen-Meiningen belegenen Strecken der im Artikel I genannten Eisenbahnen wird die Herzoglich Sachsen-Meiningensche Regierung nicht in Anspruch nehmen; dagegen bedarf ein Verkauf der gedachten Bahnen oder einzelner Strecken derselben, soweit sie auf Herzoglich Sachsen-Meiningenschem Gebiete liegen, an einen anderen Käufer als das Reich, ebenso die Uebertragung des Betriebes auf einen anderen Betriebsunternehmer, der Zustimmung der Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Staatsregierung.

9) An den im Gebiete des Herzogthums Sachsen-Meiningen belegenen Strecken der im Artikel I genannten Eisenbahnen sollen nur die Hoheits-

zeichen der Herzoglichen Regierung angebracht werden.

10) Der Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Regierung bleibt vorbehalten, die Handhabung der ihr über die betreffenden Bahnstrecken zustehenden Hoheitsrechte, sowie die etwaigen Verhandlungen mit der Bahnverwaltung einer Behörde oder einem besonderen Kommissarius zu übertragen.

Diese Behörde beziehungsweise dieser Kommissarius hat die Beziehungen der Herzoglichen Regierung zu der Eisenbahnverwaltung in allen Fällen zu vertreten, die nicht zum direkten Einschreiten der zu-

ständigen Polizei- oder Gerichtsbehörde geeignet sind.

Die Eisenbahnverwaltung hat sich an diese Behörde beziehungsweise an diesen Kommissar in allen zu der Zuständigkeit derselben gehörenden Angelegenheiten zu wenden.

Artifel IV.

Die Königlich Preußische Regierung wird bei der Verwaltung der im Artikel I genannten Sisenbahnen die Verkehrs- und volkswirthschaftlichen Interessen des Herzogthums Sachsen-Meiningen in gleichem Maße berücksichtigen, wie die entsprechenden Interessen der Preußischen Landestheile. Sie wird weder im Personen- noch im Güterverkehr zwischen den beiderseitigen Unterthanen hinsichtlich der Zeit der Absertigung oder hinsichtlich der Beförderungspreise einen Unterschied machen.

Preußische Staatsangehörige, welche in dem Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Gebiete stationirt sind, erleiden dadurch keine Alenderung ihres Staats-

angehörigkeitsverhältniffes.

Die Beamten der im Herzogthum Sachsen-Meiningen belegenen Eisenbahnstrecken sind rücksichtlich der Disziplin lediglich ihren Dienstworgesetzten beziehungsweise den Aufsichtsorganen der Königlich Preußischen Staatsregierung, im Uebrigen aber ben Gesetzen und Behörden des Staates, in welchem sie ihren

Wohnsit haben, unterworfen.

Bei der Anstellung von Bahnwärtern, Weichenstellern und sonstigen dergleichen Unterbeamten innerhalb des Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Staatsgebiets soll auf Angehörige des letzteren vorzugsweise Rücksicht genommen werden, falls geeignete Militäranwärter, unter welchen die Herzoglich Sächsischen Staatsangehörigen gleichfalls den Vorzug haben, zur Besetzung der bezeichneten Stellen nicht zu ermitteln sind.

Artifel V.

Die Königlich Preußische Regierung wird anderen Sisenbahnunternehmungen den Anschluß an die Bahnen auf den innerhalb des Herzogthums Sachsen-Meiningen belegenen Stationen auf Verlangen der Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Regierung nicht versagen. Ueber die hierbei etwa erforderlich erscheinenden bessonderen Vereinbarungen werden die hohen vertragschließenden Regierungen sich in jedem einzelnen Falle verständigen.

Artifel VI.

Die Königlich Preußische Regierung wird bei der Verwaltung und dem Betriebe der im Artikel I genannten Sisenbahnen den übrigen im Herzogthum Sachsen-Meiningen gelegenen Sisenbahnen unter Beachtung der allgemeinen Verkehrsinteressen jede billige Rücksicht und Förderung zu Theil werden lassen.

Artifel VII.

Die Herzoglich Sachsen-Meiningensche Regierung hat für die Stammaktien der Werra-Eisenbahn eine Zinsgarantie geleistet, aus welcher ihr unter bestimmten Modalitäten ein Anspruch auf Erstattung zusteht und zwar sowohl hinssichtlich des Kapitals wie der Zinsen.

Sur Ablösung dieses Anspruches wird die Königlich Preußische Regierung der Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Regierung drei Monate nach dem Uebergange der im Artikel I genannten Eisenbahnunternehmungen auf den Preußischen

Staat einen Baarbetrag von 600 000 Mark zahlen.

Hückzahlung des Restes der von ihr geleisteten Vorschüsse nehst Zinsen.

Artifel VIII.

Die Königlich Preußische Regierung verpflichtet sich in dem Falle, daß die Werra-Eisenbahn in das Eigenthum des Preußischen Staates übergeht, die im Eigenthum der Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Regierung stehenden Eisenbahnen von Eisfeld nach Unterneubrunn und von Hildburghausen nach Friedrichshall käuslich zu erwerben und entweder selbst zu betreiben oder durch geeignete Unternehmer betreiben zu lassen, sobald die Herzoglich Sachsen-Meiningensche Regierung die Auflösung der zwischen ihr und der Firma Vering & Waechter in Berlin bestehenden Verträge über den Betrieb dieser Bahnen herbeigeführt haben wird,

frühestens jedoch zu dem Zeitpunkt, mit welchem die Werrabahn in die Verwaltung

bes Preußischen Staates übernommen wird.

Die Herzoglich Sachsen-Meiningensche Regierung wird die bezeichneten Bahnen mit allem Zubehör an Grundstücken, Gebäuden, Betriebsmitteln und Materialienvorräthen im Zustande ordnungsmäßiger Unterhaltung schulden- und lastensrei gegen Zahlung eines Kauspreises von insgesammt 781 262 Mark 50 Pf. in das Eigenthum des Preußischen Staates übertragen. Die mit der Bahn zu überweisenden Betriebsmittel sollen mindestens dem gegenwärtig zur Bedienung des Verkehrs zur Verfügung stehenden Bestande entsprechen.

Die vorstehend in Betreff des Ueberganges der Werrabahn in das Eigenthum des Preußischen Staates getroffenen Vereinbarungen sollen gleichmäßig auch für die Bahnen von Eisfeld nach Unterneubrunn und von Hildburghausen nach Friedrichschall gelten; jedoch soll der Artikel III Nr. 6 letzter Satz auf diese Eisenbahn keine Anwendung sinden. Es wird für die Verhandlungen, welche zur Uebertragung des Eigenthums auf den Preußischen Staat erforderlich sind, namentlich auch für die Ausstalfung der Grundstücke, Besteiung von Stempelund Gerichtsgebühren eintreten. Auch verpflichtet sich die Herzoglich Sachsens Meiningensche Regierung, von den genannten Bahnlinien und dem zu denselben gehörigen Grund und Boden keinerlei Staatsabgaben zu erheben, noch auch eine Besteuerung derselben zu Gunsten der Gemeinden und sonstigen korporativen Verbände zuzulassen.

Die Zahlung des Kaufpreises erfolgt drei Monate nach dem Uebergange

des Eigenthums der genannten Bahnen auf den Preußischen Staat.

ndocumed uncon Artikel IX.

Die Königlich Preußische Regierung verpflichtet sich, im Fall das Eigensthum der Werrabahn auf sie übergeht, für den Anschluß der Station Sonneberg der Werrabahn an das bestehende Eisenbahnnet in östlicher Richtung baldthunlichst Sorge zu tragen. Sosern nicht eine anderweite Vereinbarung über die Herstellung einer geeigneten Verbindungsbahn getroffen werden sollte, soll dieselbe nach Maßzgabe des zwischen der Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Regierung und der Königlich Vaperischen Regierung unter dem 20. Juli 1892 geschlossenen Vertrages als Vahn von Köppelsdorf nach Stockheim durch die Königlich Preußische Regierung gegen Zahlung eines verlorenen Zuschusses in Höhe von 722 000 Mark und gegen unentgeltliche Bereitstellung des erforderlichen Grund und Bodens von Seiten der Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Regierung hergestellt werden.

Die Herzoglich Sachsen-Meiningensche Regierung erklärt sich unbeschabet der vorstehenden Verabredungen bereit, sosern die Königlich Preußische Regierung sich zum Bau einer Bahn von Lauscha oder einem anderen Punkte der Linie Sonneberg-Lauscha zum Anschluß an die Linie Wallendorf-Probstzella entschließen sollte, ihre Zustimmung zur Aussührung derselben für das in Betracht kommende

Herzoglich Sachsen-Meiningensche Staatsgebiet zu ertheilen.

65*

Artifel X. mangal state and days envisage

Die wegen Herstellung einer Gisenbahn von Themar nach Schleufingen und von Immelborn nach Liebenstein zwischen Preußen und Sachsen-Meiningen abgeschlossenen Staatsverträge vom 3. Mai 1887 (Preußische Gesetz-Sammt. S. 451) und vom 28. November 1887 (Dreußische Geset Samml. für 1888 S. 9) werden aufgehoben. en aufgehoben. Artikel XI. das der medersche en derstreterede

Der Preußische Staat ist berechtigt, alle für ihn aus diesem Vertrage hervorgehenden Rechte und Verpflichtungen auf das Reich zu übertragen.

So geschehen zu Berlin, den 27. Mai 1895.

(L. S.) Kirchhoff. (L. S.) Ziller. (L. S.) W. v. Butler. namentlich auch für die Aluflaffins den Arendellen Olekenne von Siemoel-

Weiningen G. A dem ersiehelde Retenante est nor anderspiele adinantemen genurgan Grund und Roden leverler Stagtschaalen zu erheben, noch auch eine

realitatiograf modified Staatsvertrag is modelied principalities

Preußen und Sachsen-Altenburg, betreffend die zur Zeit dem Weimar-Geraer und dem Saal-Cisenbahnunternehmen angehörigen, im Sachsen-Altenburgischen Staatsgebiete belegenen Eisenbahnen.

Unter ber Voraussehung, daß mit ber Weimar-Geraer und ber Saal-Gifenbahngesellschaft wegen bes Ueberganges ihrer Unternehmungen auf den Preußischen Staat eine Verständigung herbeigeführt werden wird, haben zum Zwede ber hierburch erforderlich werdenden anderweiten Regelung der Verhältniffe der zu ben genannten Unternehmungen gehörigen Strecken, soweit dieselben auf Herzoglich Sachsen-Altenburgischem Staatsgebiete liegen, zu Bevollmächtigten ernannt: or of the section of the section of

Seine Majestät der König von Preußen:

Allerhöchstihren Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrath Sermann Rirchhoff und Allerhöchstihren Geheimen Finanzrath Friedrich Lehmann,

Seine Hoheit der Herzog von Sachsen-Altenburg:

Söchstihren Wirklichen Geheimen Rath Ernft Theodor Göpel, von welchen Bevollmächtigten, unter bem Vorbehalte ber landesherrlichen Ratifikation, folgender Vertrag abgeschlossen ist.

Artifel I.

Die Herzoglich Sachsen-Altenburgische Regierung erklärt sich damit einverstanden, daß das Weimar-Geraer und das Saal-Eisenbahnunternehmen nach Maßgabe der zwischen der Preußischen Staatsregierung und den vorgenannten Eisenbahngesellschaften abgeschlossenen beziehungsweise abzuschließenden Verstaatlichungsverträge auf den Preußischen Staat übergeht.

Artifel II.

Die Herzoglich Sachsen-Altenburgische Regierung überträgt von dem Tage ab, an welchem die Direktion der im Artikel I genannten Eisenbahngesellschaften die Verwaltung ihrer Unternehmungen an die von der Königlich Preußischen Regierung zu bezeichnende Königliche Vehörde übergeben, auf den Preußischen Staat das ihr nach den wegen der im Artikel I genannten Eisenbahnen abgeschlossenen Staatsverträgen, den Statuten dieser Eisenbahngesellschaften, sowie den den letzteren ertheilten Konzessionen zustehende Aussichtsrecht.

moradod oniat gundasse old und ge Artikel III.

Die Landeshoheit über die im Herzoglich Sachsen-Altenburgischen Gebiete belegenen Strecken der im Artikel I genannten Eisenbahnen bleibt der Herzoglich Sachsen-Altenburgischen Regierung vorbehalten, und soll hinfort unter Beobachtung der nachstehenden Bestimmungen ausgeübt werden:

1) Die allgemeine Landespolizei und die Rechtspflege in Bezug auf alle Vorgänge auf dem Bahnkörper verbleiben den Herzoglich Sachsen-

Alltenburgischen Staatsbehörden.

2) Die Handhabung der Bahnpolizei auf den im Herzogthum Sachsen-Altenburg belegenen Eisenbahnstrecken erfolgt durch die Königlich Preußischen Eisenbahnbehörden und Beamten, welche auf Vorschlag der Königlich Preußischen Betriebsverwaltung von den zuständigen Herzoglichen Behörden in Pflicht zu nehmen sind.

3) Die Handhabung der allgemeinen Sicherheitspolizei liegt hinsichtlich der im Herzogthum Sachsen-Altenburg belegenen Eisenbahnstrecken den betreffenden Herzoglichen Organen ob. Dieselben werden den Bahnpolizeibeamten auf deren Ansuchen bereitwillig Unterstützung leisten.

4) Zu den staatlichen Steuern und Abgaben einschließlich der Grundssteuern sowie zu den Kommunalabgaben werden die im Artikel I genannten Bahnen innerhalb des Herzoglich Sächsischen Gebietes nach den jeweilig im Herzogthum Sachsen-Altenburg geltenden gesetzlichen Bestimmungen herangezogen werden.

5) An Stelle des Eisenbahnabgabeantheils, welcher nach den zwischen den Regierungen von Sachsen-Altenburg, Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen und Schwarzburg-Rudolstadt rücksichtlich der Saal-Eisenbahn und zwischen den Regierungen von Sachsen-Altenburg, Sachsen-Weimar-

Eisenach und Neuß jüngerer Linie rücksichtlich der Weimar-Geraer Sisenbahn abgeschlossenen Staatsverträgen vom 8. Oktober 1870 und 16. April 1872 an den im Artifel I genannten Eisenbahnunternehmungen dem Herzogthum Sachsen zusteht, ist für die Zeit vom 1. Januar 1895 ab auf die Dauer von fünf Jahren eine Aversionalvergütung von jährlich 7 250 Mark zu zahlen. Nach Ablauf dieser Frist erfolgt die Erhebung dieser Abgabe, sofern nicht eine weitere Aversionirung zwischen den beiderseitigen Regierungen vereinbart wird, gemäß den jeweilig im Herzogthum Sachsen-Altenburg geltenden gesetzlichen Bestimmungen.

6) Auf die Tarifbildung, auf die Art und Weise der Beförderung, sowie auf die Feststellung des Fahrplanes für die im Artikel I genannten Eisenbahnen steht der Herzoglich Sachsen-Alltenburgischen Regierung eine Einwirkung nicht zu, jedoch foll die Aufstellung von Bahnhofsprojekten und die Aenderung des Personenzug-Kahrplans nur nach vorgängigem Benehmen mit der Herzoglichen Regierung erfolgen, damit den Wünschen derselben die thunlichste Berücksichtigung nicht versagt merbe.

> Es sollen übrigens in den Tarifen für die Bahnen keine höheren Einheitsfätze in Anwendung kommen, als in den allgemeinen Tarifen und den allgemeinen Ausnahmetarifen für die Bahnstrecken des an-

grenzenden Preußischen Gisenbahndirettionsbezirts.

7) Für die Einziehung von Stationen (einschließlich Haltestellen und Haltes punkten), für die Neueinrichtung folder innerhalb des Herzoglich Sachsen-Alltenburgischen Gebietes, sowie für die Einstellung des Betriebes auf den jest innerhalb des Herzogthums betriebenen Strecken der im Artifel I genannten Eisenbahnen ift die Zustimmung der Herzoglich Sachsen-

Alltenburgischen Regierung erforderlich.

8) Ein Recht auf den Erwerb der in Sachsen-Altenburg belegenen Strecken ber im Artikel I genannten Eisenbahnen wird die Herzoglich Sachsen-Altenburgische Regierung nicht in Anspruch nehmen; dagegen bedarf ein Verkauf der gedachten Bahnen oder einzelner Strecken derselben, foweit sie auf Herzoglich Sachsen-Alltenburgischem Gebiete liegen, an einen anderen Räufer als das Reich, ebenso die Uebertragung des Betriebes auf einen anderen Betriebsunternehmer, der Zustimmung der Berzoglich Sachsen Alltenburgischen Staatsregierung.

9) Un den im Gebiete des Herzogthums Sachsen-Altenburg belegenen Streden der im Artifel I genannten Gisenbahnen sollen nur die Hoheits-

zeichen der Herzoglichen Regierung angebracht werden.

10) Der Herzoglich Sachsen-Altenburgischen Regierung bleibt vorbehalten, die Handhabung der ihr über die betreffenden Bahnstreden zustehenden Hoheitsrechte, sowie die etwaigen Verhandlungen mit der Bahnverwaltung einer Behörde oder einem befonderen Kommissarius zu übertragen.

Diese Behörde beziehungsweise dieser Kommissarius hat die Beziehungen der Herzoglichen Regierung zu der Eisenbahnverwaltung in allen Fällen zu vertreten, die nicht zum direkten Einschreiten der zuständigen Polizeis oder Gerichtsbehörde geeignet sind.

Die Eisenbahnverwaltung hat sich an diese Behörde beziehungsweise an diesen Kommissar in allen zu der Zuständigkeit derselben ge-

hörenden Angelegenheiten zu wenden.

Artikel IV.

Die Königlich Preußische Regierung wird bei der Verwaltung der im Artikel I genannten Eisenbahnen die Verkehrs- und volkswirthschaftlichen Interessen des Herzogthums Sachsen-Altenburg in gleichem Maße berücksichtigen, wie die entsprechenden Interessen der Preußischen Landestheile. Sie wird weder im Personen- noch im Güterverkehre zwischen den beiderseitigen Unterthanen hinsichtlich der Zeit der Abfertigung oder hinsichtlich der Beförderungspreise einen Unterschied machen.

Preußische Staatsangehörige, welche in dem Herzoglich Sachsen-Altenburgischen Gebiete stationirt sind, erleiden dadurch keine Alenderung ihres Staats-

angehörigfeitsverhältniffes.

Die Beamten der im Herzogthum Sachsen-Altenburg belegenen Eisenbahnstrecken sind rücksichtlich der Disziplin lediglich ihren Dienstvorgesetzten beziehungsweise den Aussichtsorganen der Königlich Preußischen Staatsregierung, im Uebrigen
aber den Gesehen und Behörden des Staates, in welchem sie ihren Wohnsit

haben, unterworfen.

Bei der Anstellung von Bahnwärtern, Weichenstellern und sonstigen dergleichen Unterbeamten innerhalb des Herzoglich Sachsen-Altenburgischen Staatsgebiets soll auf Angehörige des letzteren vorzugsweise Rücksicht genommen werden, falls geeignete Militäranwärter, unter welchen die Herzoglich Sächsischen Staatsangehörigen gleichfalls den Vorzug haben, zur Besetzung der bezeichneten Stellen nicht zu ermitteln sind.

Artifel V.

Die Königlich Preußische Regierung wird anderen Eisenbahnunternehmungen den Anschluß an die Bahn auf den innerhalb des Herzogthums Sachsen-Altenburg belegenen Stationen auf Verlangen der Herzoglichen Regierung nicht verfagen. Ueber die hierbei etwa erforderlich erscheinenden besonderen Vereinbarungen werden die hohen vertragschließenden Regierungen sich in jedem einzelnen Falle verständigen.

Artifel VI.

Die Königlich Preußische Regierung wird bei der Verwaltung und dem Betriebe der im Artikel I genannten Sisenbahnen den übrigen im Herzogthum Sachsen-Altenburg gelegenen Sisenbahnen unter Beachtung der allgemeinen Verkehrsinteressen jede billige Rücksicht und Förderung zu Theil werden lassen.

(Nr. 9771.)

Artifel VII.

Die Herzoglich Altenburgische Regierung hat für die Stammaktien der Weimar-Geraer Eisenbahn eine Zinsgarantie geleistet, aus welcher ihr unter bestimmten Modalitäten ein Anspruch auf Erstattung zusteht. Zur Ablösung dieses Unspruches wird die Königlich Preußische Regierung der Herzoglich Sachsen-Alltenburgischen Regierung drei Monate nach dem Uebergange des vorgenannten Eisenbahnunternehmens auf den Dreußischen Staat einen Baarbetrag von 99 000 Mark zahlen.

Hieraegen verzichtet die Herzoglich Sachsen-Altenburgische Regierung auf

Rückzahlung des Restes der von ihr geleisteten Vorschüffe. Attifet I genannten Effenbabus

Artifel VIII.

Der Preußische Staat ist berechtigt, alle für ihn aus diesem Bertrage hervorgehenden Rechte und Verpflichtungen auf das Reich zu übertragen.

So geschehen zu Berlin ultenburg, den $\frac{27}{28}$. Mai 1895.

(L. S.) Kirchhoff. (L. S.) Th. Göpel.

(L. S.) Lehmann. . Ole Beamlen der im sverjogtbam Enthan Allenburg beisgenen Ergenburg-frieden find richtlick der Sierfelle fedichie fliren Birnfronzeicklen bestehnungs-

Staatsvertrag and distribute and bell derchen Anterbernden untervalle bei awischen Gramischen Gerans

Preußen und Sachsen-Coburg-Gotha, betreffend die zur Zeit dem Werra-Eisenbahnunternehmen angehörigen, im Sachsen = Coburg = Gothaischen Staatsgebiete belegenen Eisenbahnen.

Unter der Boraussehung, daß mit der Werra-Gisenbahngesellschaft wegen des Ueberganges ihres Unternehmens auf den Preußischen Staat eine Verständigung herbeigeführt werden wird, haben zum Zwecke der hierdurch erforderlich werdenden anderweiten Regelung der Berhältnisse der zu dem genannten Unternehmen gehörigen Strecken, soweit dieselben auf Herzoglich Sachsen-Coburg-Gothaischem Staatsgebiete liegen, zu Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der König von Preußen:

Allerhöchstihren Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrath Sermann Rirchhoff und

Allerhöchstihren Geheimen Finangrath Friedrich Lehmann;

Seine Königliche Hoheit der Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha:

Höchstihren Geheimen Staatsrath Edmund v. Wittken und Höchstihren Landrath Albert Schmidt,

von welchen Bevollmächtigten, unter dem Vorbehalte der landesherrlichen Ratisfikation, folgender Vertrag abgeschlossen ist.

Artifel I.

Die Herzoglich Sachsen-Coburg-Gothaische Regierung erklärt sich damit einverstanden, daß das Werra-Eisenbahnunternehmen nach Maßgabe des zwischen der Preußischen Staatsregierung und der Werra-Eisenbahngesellschaft abzusschließenden Verstaatlichungsvertrages auf den Preußischen Staat übergeht.

Artifel II.

Die Herzoglich Sachsen-Coburg-Gothaische Regierung überträgt von dem Tage ab, an welchem die Direktion der Werra-Eisenbahngesellschaft die Verwaltung des Unternehmens an die von der Königlich Preußischen Regierung zu bezeichnende Königliche Behörde übergiebt, auf den Preußischen Staat das ihr nach den wegen der Werra-Eisenbahn abgeschlossenen Staatsverträgen, den Statuten der Werra-Eisenbahngesellschaft, sowie den der letzteren ertheilten Konzessionen zustehende Aussichtsrecht.

Artifel III.

Die Landeshoheit über die im Herzoglich Sachsen-Coburg-Gothaischen Gebiete belegenen Strecken der Werra-Eisenbahn bleibt der Herzoglichen Regierung vorbehalten, und soll hinfort unter Beobachtung der nachstehenden Bestimmungen ausgeübt werden:

- 1) Die allgemeine Landespolizei und die Nechtspflege in Bezug auf alle Borgänge auf dem Bahnkörper verbleiben den Herzoglich Sächsischen Staatsbehörden.
- 2) Die Handhabung der Bahnpolizei auf den im Herzogthum Sachsen-Coburg-Gotha belegenen Eisenbahnstrecken erfolgt durch die Königlich Preußischen Eisenbahnbehörden und Beamten, welche auf Vorschlag der Königlich Preußischen Betriebsverwaltung von den zuständigen Herzoglichen Behörden in Pflicht zu nehmen sind.

3) Die Kandhabung der allgemeinen Sicherheitspolizei liegt hinsichtlich der im Kerzogthum Sachsen-Coburg-Gotha belegenen Eisenbahnstrecken den betreffenden Herzoglichen Organen ob. Dieselben werden den Bahnpolizeibeamten auf deren Ansuchen bereitwillig Unterstützung leisten.

4) Auf die Gemeindebesteuerung der Bahnstrecken innerhalb des Herzoglich Sachsen-Coburg-Gothaischen Staatsgebietes, insbesondere auf die Berechnung des gemeindesteuerpflichtigen Reineinkommens und dessen Ber

theilung unter die betheiligten Gemeinden finden vom 1. Januar 1896 an die Bestimmungen des Preußischen Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (Preußische Gesetz-Samml. S. 152) oder der künftighin etwa an dessen Stelle tretenden späteren Gesetze in der gleichen Weise Anwendung, als wenn die Bahn auf Königlich Preußischem Gebiete belegen wäre. Die Zahlung erfolgt alljährlich bis zum 1. Juli für

das vorausgegangene Kalenderjahr.

Bei Feststellung bes Verhältnisses, nach welchem die von der Werrabahn berührten auf Herzoglich Sachsen Coburg Gothaischem Gebiete belegenen Gemeinden gemäß den Bestimmungen des J. 47 Absatz beziehungsweise Absatz unter d des Preußischen Kommunalsteuergesetses an dem gemeindesteuerpflichtigen Einkommen der für Rechnung des Preußischen Staates verwalteten Eisenbahnen betheiligt werden, sollen nur diesenigen Ausgaben an Gehältern und Löhnen zu Grunde gelegt werden, welche aus dem Betriebe der vorstehend genannten Bahnen erwachsen.

Eine weitere Besteuerung der Eisenbahn durch die Gemeinden ober andere korporative Verbände wird die Herzogliche Regierung nicht zulassen. Sosern dieser Vereinbarung zuwider solche Steuern oder Abgaben zur Erhebung gelangen sollten, hat die Herzoglich Sachsenschung-Gothaische Regierung die hierfür geleisteten Ausgaben zu

erstatten.

5) An Stelle des Eisenbahnabgabeantheils, welcher nach dem zwischen den Regierungen von Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Todurg und Gotha abgeschlossenen Staatsvertrage vom 16. September 1847 und der von den genannten drei Regierungen hierzu abgegebenen gleichlautenden Ministerialerklärungen vom 15. Dezember 1883 an dem Werrabahn-Unternehmen dem Herzogthum Sachsen-Coburg zusteht, ist auf die Dauer von fünf Jahren vom 1. Januar 1895 ab eine Aversionalvergütung von jährlich 4000 Mark zu zahlen. Nach Ablauf dieser Frist erfolgt die Erhebung dieser Abgabe nach Maßgabe der Preußischen Eisenbahnabgabegesetze vom 30. Mai 1853 und 21. Mai 1859 auf Grund des jährlichen auf die betreffenden Strecken entfallenden, durch Kontrolnotizen sestzustellenden Reinertrages, soweit nicht die Feststellung eines Aversums auf einen späteren Zeitraum zwischen den beiberseitigen Staatsregierungen verseindart wird.

Im Weiteren wird von dem Grund- und Gebäudebesitz der fraglichen Eisenbahnunternehmungen die Grund- und Gebäudesteuer nach den allgemeinen Bestimmungen der jeweiligen Landesgesetzgebung erhoben.

Die Herzogliche Regierung verpflichtet sich, vom Werra-Eisen-

bahnunternehmen anderweite Staatssteuern nicht zu erheben.

- 6) Auf die Tarifbildung, auf die Art und Weise der Beförderung, sowie auf die Feststellung des Fahrplanes für die Werrabahn steht der Herzoglich Sachsen-Coburg-Gothaischen Regierung eine Einwirkung nicht zu; jedoch soll die Ausstellung von Bahnhofsprojekten und die Aenderung des Personenzugs-Fahrplans nur nach vorgängigem Benehmen mit der Herzoglichen Regierung ersolgen, damit den Wünschen derselben die thunlichste Berücksichtigung nicht versagt werde. Es sollen übrigens in den Tarisen für die Bahn keine höheren Einheitssätze in Anwendung kommen, als in den allgemeinen Tarisen und den allgemeinen Ausnahmetarisen für die Bahnstrecken des angrenzenden Preußischen Eisenbahndirektionsbezirks.
- 7) Für die Einziehung von Stationen (einschließlich Haltestellen und Haltepunkten), für die Neueinrichtung solcher innerhalb des Herzoglich Sächsischen Gebietes, sowie für die Einstellung des Betriebes auf den jest innerhalb des Herzogthums betriebenen Strecken der Werra-Eisenbahn ist die Zustimmung der Herzoglichen Regierung ersorderlich.
 - 8) Ein Recht auf den Erwerd der im Herzoglichen Gebiete belegenen Strecken der Werra-Eisenbahn wird die Herzoglich Sächsische Regierung nicht in Anspruch nehmen; dagegen bedarf ein Verkauf der gedachten Bahn oder einzelner Strecken derselben, soweit sie auf Herzoglich Sachsen-Coburg-Gothaischem Gebiete liegen, an einen anderen Käufer als das Reich, ebenso die Uebertragung des Betriebes auf einen anderen Vetriebsunternehmer, der Zustimmung der Herzoglich Sächsischen Staatsregierung.
- 9) An den im Gebiete des Herzogthums Sachsen-Coburg-Gotha belegenen Strecken der Werra-Eisenbahn sollen nur die Hoheitszeichen der Herzoglichen Regierung angebracht werden.
 - 10) Der Herzoglich Sächstischen Regierung bleibt vorbehalten, die Handhabung der ihr über die betreffenden Bahnstrecken zustehenden Hoheitsrechte, sowie die etwaigen Verhandlungen mit der Bahnverwaltung einer Behörde oder einem besonderen Kommissarius zu übertragen.

Diese Behörde beziehungsweise dieser Kommissarius hat die Beziehungen der Herzoglichen Regierung zu der Eisenbahnverwaltung in allen Fällen zu vertreten, die nicht zum direkten Einschreiten der zuständigen Polizeis ober Gerichtsbehörde geeignet sind.

Die Eisenbahnverwaltung hat sich an diese Behörde beziehungsweise an diesen Kommissar in allen zu der Zuständigkeit derselben gehörenden Angelegenheiten zu wenden.

hotemben singeregengenen zu wenden.

mad donn stongelle irro gunde Artifel IV.

Die Königlich Preußische Regierung wird bei der Verwaltung der zur Zeit dem Werra-Gisenbahnunternehmen angehörigen Bahnstrecken die Verkehrs-(Nr. 9771.) und volkswirthschaftlichen Interessen des Herzogthums Sachsen-Coburg-Gotha in gleichem Maße berücksichtigen, wie die entsprechenden Interessen der Preußischen Landestheile. Sie wird weder im Personen- noch im Güterverkehr zwischen den beiderseitigen Unterthanen hinsichtlich der Zeit der Absertigung oder hinsichtlich der Beförderungspreise einen Unterschied machen.

Preußische Staatsangehörige, welche in dem Herzoglich Sachsen-Coburg-Gothaischen Gebiete stationirt sind, erleiden dadurch keine Aenderung ihres Staats-

angehörigkeitsverhältniffes.

Die Beamten der im Herzogthum Sachsen-Coburg-Gotha belegenen Eisenbahnstrecken sind rücksichtlich der Disziplin lediglich ihren Dienstvorgesetzten beziehungsweise den Aufsichtsorganen der Königlich Preußischen Staatsregierung, im Uebrigen aber den Gesetzen und Behörden des Staates, in welchem sie ihren

Wohnsit haben, unterworfen.

Bei der Anstellung von Bahnwärtern, Weichenstellern und sonstigen dergleichen Unterbeamten innerhalb des Herzoglich Sachsen-Coburg-Gothaischen Staatsgedietes soll auf Angehörige des letzteren vorzugsweise Rücksicht genommen werden, falls geeignete Militäranwärter, unter welchen die Herzoglich Sächsischen Staatsangehörigen gleichfalls den Vorzug haben, zur Besetzung der bezeichneten Stellen nicht zu ermitteln sind.

Artifel V.

Die Königlich Preußische Negierung wird anderen Eisenbahnunternehmungen den Unschluß an die Bahn auf den innerhalb des Herzogthums Sachsen-Codurg-Gotha belegenen Stationen auf Verlangen der Herzoglichen Regierung nicht versagen. Ueber die hierbei etwa erforderlich erscheinenden besonderen Vereinbarungen werden die hohen vertragschließenden Regierungen sich in jedem einzelnen Falle verständigen.

Artifel VI. din durungik nacht

Die Königlich Preußische Regierung wird bei der Verwaltung und dem Betriebe der Werra-Eisenbahn den übrigen im Herzogthum Sachsen-Coburg-Gotha gelegenen Eisenbahnen unter Beachtung der allgemeinen Verkehrsinteressen jede billige Rücksicht und Förderung zu Theil werden lassen.

Artifel VII.

Die Herzoglich Sachsen-Coburg-Gothaische Regierung hat für die Stammaktien der Werra-Eisenbahn eine Zinsgarantie geleistet, aus welcher ihr unter bestimmten Modalitäten ein Anspruch auf Erstattung zusteht, und zwar sowohl

hinsichtlich des Kapitals wie der Zinsen.

Zur Ablösung dieses Anspruches wird die Königlich Preußische Regierung an die Herzoglich Sächsische Staatskasse in Coburg drei Monate nach dem Uebergange des Werra-Tisenbahnunternehmens auf den Preußischen Staat einen Baarbetrag von 300 000 Mark zahlen.

Hiergegen verzichtet die Herzoglich Sachsen-Coburg-Gothaische Regierung auf Rückzahlung des Restes der von ihr geleisteten Borschüsse nebst Linsen.

Artifel VIII.

Der Preußische Staat ist berechtigt, alle für ihn aus biesem Vertrage hervorgehenden Rechte und Verpflichtungen auf das Reich zu übertragen.

So geschehen zu Berlin, den 27. Mai 1895.

and magazin not come and take and another medical and the sec

no do god (L. S.) Rirchhoff. (L. S.) v. Witten.

and the Kirdenishan Schools

(L. S.) Lehmann. (L. S.) Schmidt.

Admiration of the continue of

nopation and de la constant de la co Dreußen und Schwarzburg-Rudolstadt, betreffend die zur Zeit dem Saal-Eisenbahnunternehmen angehörigen, im Schwarzburg-Rudolstädtischen Staatsgebiete belegenen Gisenbabnen.

Unter der Voraussehung, daß mit der Saal-Eisenbahngesellschaft wegen des Ueberganges ihres Unternehmens auf den Dreußischen Staat eine Verständigung herbeigeführt werden wird, haben zum Zwecke der hierdurch erforderlich werdenden anderweiten Regelung der Verhältnisse der zu dem genannten Unternehmen gehörigen Strecken, soweit dieselben auf Fürstlich Schwarzburg-Rudolftädtischem Staatsgebiete liegen, zu Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der König von Preußen:

Allerhöchstihren Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrath hermann Rirchhoff und

Allerhöchstihren Geheimen Finanzrath Friedrich Lehmann,

Seine Durchlaucht ber regierende Kurft zu Schwarzburg-Rubolftabt:

Höchstihren Staatsrath Ferdinand Hauthal,

von welchen Bevollmächtigten, unter dem Vorbehalte der landesherrlichen Ratifikation, folgender Vertrag abgeschlossen ist:

(Nr. 9771.)

Artifel I.

Die Fürstlich Schwarzburgsche Regierung erklärt sich damit einverstanden, daß das Saal-Eisenbahnunternehmen nach Maßgabe des zwischen der Preußischen Staatsregierung und der Saal-Eisenbahngesellschaft abgeschlossenen Verstaatlichungsvertrages auf den Preußischen Staat übergeht.

Artifel II.

Die Fürstlich Schwarzburgsche Regierung überträgt von dem Tage ab, an welchem die Direktion der Saal-Eisenbahngesellschaft die Verwaltung des Unternehmens an die von der Königlich Preußischen Regierung zu bezeichnende Königliche Behörde übergiebt, auf den Preußischen Staat das ihr nach den wegen der Saal-Eisenbahn abgeschlossenen Staatsverträgen, den Statuten der Saal-Eisenbahngesellschaft, sowie den der letzteren ertheilten Konzessionen zustehende Aussicht.

Artifel III.

Die Landeshoheit über die im Fürstlich Schwarzburgschen Gebiete belegenen Strecken der Saal-Eisenbahn bleibt der Fürstlich Schwarzburgschen Regierung vorbehalten, und soll hinfort unter Beobachtung der nachstehenden Bestimmungen ausgeübt werden:

- 1) Die allgemeine Landespolizei und die Nechtspflege in Bezug auf alle Borgänge auf dem Bahnkörper verbleiben den Fürstlich Schwarzburgschen Staatsbehörden.
- 2) Die Handhabung der Bahnpolizei auf den im Fürstenthum Schwarzburg belegenen Eisenbahnstrecken erfolgt durch die Königlich Preußischen Eisenbahnbehörden und Beamten, welche auf Vorschlag der Königlich Preußischen Betriebsverwaltung von den zuständigen Fürstlichen Behörden in Pflicht zu nehmen sind.
 - 3) Die Handhabung der allgemeinen Sicherheitspolizei liegt hinsichtlich der im Fürstenthum Schwarzburg belegenen Eisenbahnstrecken den betreffenden Fürstlich Schwarzburgschen Organen ob. Dieselben werden den Bahnpolizeibeamten auf deren Ansuchen bereitwillig Unterstützung leisten.
 - 4) Auf die Gemeindebesteuerung der Saalbahn innerhalb des Fürstlich Schwarzburgschen Staatsgebietes, insbesondere auf die Berechnung des gemeindesteuerpslichtigen Reineinsommens und dessen Wertheilung unter die betheiligten Gemeinden sinden vom 1. Januar 1896 an die Bestimmungen des Preußischen Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (Preußische Gesetz-Samml. S. 152) oder der künstighin etwa an dessen Stelle tretenden späteren Gesetze in der gleichen Weise Anwendung, als wenn die Bahn auf Königlich Preußischem Gebiete bestegen wäre. Die Zahlung erfolgt alljährlich bis zum 1. Juli für das vorausgegangene Kalenderjahr.

Bei Feststellung des Verhältnisses, nach welchem die von der Saalbahn berührten auf Fürstlich Schwarzburgschem Gebiet belegenen Gemeinden gemäß der Bestimmungen des S. 47 Absat 2 beziehungs-weise Absat 1 unter d des Preußischen Kommunalsteuergesetzes an dem gemeindesteuerpflichtigen Einkommen der für Rechnung des Preußischen Staates verwalteten Eisenbahnen betheiligt werden, sollen nur diejenigen Ausgaben an Gehältern und Löhnen zu Grunde gelegt werden, welche aus dem Betriebe der vorstehend genannten Bahn erwachsen.

Eine weitere Besteuerung der Eisenbahn durch die Gemeinden oder andere korporativen Verbände wird die Fürstlich Schwarzburgsche Regierung nicht zulassen. Sosern dieser Vereinbarung zuwider solche Steuern oder Abgaben zur Erhebung gelangen sollten, hat die Fürstlich Schwarzburgsche Regierung die hierfür geleisteten Ausgaben zu erstatten.

5) An Stelle des Eisenbahnabgabeantheils, welcher nach den zwischen den Regierungen von Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg und Schwarzburg-Rudolstadt abgeschlossenen Staatsverträgen vom 8. Oktober 1870 und 26. September 1883 an dem Saal-Eisen-bahnunternehmen dem Fürstenthum Schwarzburg zusteht, ist auf die Dauer von fünf Jahren vom 1. Januar 1895 ab eine Aversional-vergütung von jährlich 2000 Mark zu zahlen.

Nach Ablauf dieser Frist erfolgt die Erhebung dieser Abgabe gemäß den Bestimmungen des Rudolstädtischen Gesehes vom 25. März 1893, soweit nicht die Feststellung eines Aversums auf einen späteren Beitraum zwischen den beiderseitigen Staatsregierungen vereinbart wird. Im Weiteren wird von dem Grunds und Gebäudebesit des SaalsEisenbahnunternehmens die Grunds und Gebäudesteuer nach den allzgemeinen Bestimmungen der jeweiligen Landesaesebagebung erhoben.

Die Fürstliche Regierung verpflichtet sich, vom Saal-Eisenbahn-

unternehmen anderweite Staatssteuern nicht zu erheben.

6) Auf die Tarifbildung, auf die Art und Weise der Beförderung, sowie auf die Feststellung des Fahrplans für die Saal-Eisenbahn steht der Fürstlich Schwarzburgschen Regierung eine Einwirkung nicht zu, jedoch soll die Aufstellung von Bahnhofsprojekten und die Aenderung des Personenzug-Fahrplans nur nach vorgängigem Benehmen mit der Fürstlichen Regierung erfolgen, damit den Wünschen derselben die thunlichste Berücksichtigung nicht versagt werde.

Es sollen übrigens in den Tarisen für die Saalbahn keine höheren Einheitssätze in Anwendung kommen, als in den allgemeinen Tarisen und den allgemeinen Ausnahmetarisen für die Bahnstrecken des

angrenzenden Preußischen Gisenbahndirektionsbezirks.

7) Für die Einziehung von Stationen (einschließlich Haltestellen und Haltespunkten), für die Neueinrichtung solcher innerhalb des Fürstlich Schwarzburgschen Gebietes, sowie für die Einstellung des Betriebes auf den

jett innerhalb bes Fürstenthums betriebenen Strecken ber Saal-Eisenbahn ist die Zustimmung der Fürstlichen Regierung erforderlich.

8) Ein Recht auf ben Erwerb der im Fürstlich Schwarzburgschen Gebiet belegenen Strecken der Saal-Eisenbahn wird die Fürstlich Schwarzburgsche Regierung nicht in Anspruch nehmen; dagegen bedarf ein Verfauf der gedachten Bahn oder einzelner Strecken derselben, soweit sie auf Fürstlich Schwarzburgschem Gebiete liegen, an einen anderen Räuser als das Reich, ebenso die Uebertragung des Betriebes auf einen anderen Betriebsunternehmer, der Zustimmung der Fürstlich Schwarzburgschen Staatsregierung.

9) An den im Gebiete des Fürstenthums Schwarzburg belegenen Strecken der Saal-Eisenbahn sollen nur die Hoheitszeichen der Fürstlichen Re-

gierung angebracht werden.

10) Der Fürstlich Schwarzburgschen Regierung bleibt vorbehalten, die Handhabung der ihr über die betreffenden Bahnstrecken zustehenden Hoheitsrechte, sowie die etwaigen Verhandlungen mit der Bahnverwaltung einer Behörde oder einem besonderen Kommissarius zu übertragen.

Diese Behörde beziehungsweise dieser Kommissarius hat die Beziehungen der Fürstlichen Regierung zu der Eisenbahnverwaltung in allen Fällen zu vertreten, die nicht zum direkten Einschreiten der zu-

ständigen Polizei- oder Gerichtsbehörde geeignet sind.

Die Eisenbahnverwaltung hat sich an diese Behörde beziehungsweise an diesen Kommissar in allen zu der Zuständigkeit derselben gehörenden Angelegenheiten zu wenden.

Artikel IV.

Die Königlich Preußische Regierung wird bei der Verwaltung der Saal-Eisenbahn die Verkehrs- und volkswirthschaftlichen Interessen des Fürstenthums Schwarzburg in gleichem Maße berücksichtigen, wie die entsprechenden Interessen der Preußischen Landestheile. Sie wird weder im Personen- noch im Güterverkehre zwischen den beiderseitigen Unterthanen hinsichtlich der Zeit der Absertigung

oder hinsichtlich der Beförderungspreise einen Unterschied machen.

Preußische Staatsangehörige, welche in dem Fürstlich Schwarzburgschen Gebiete stationirt sind, erleiden dadurch keine Aenderung ihres Staatsangehörigkeitsverhältnisses. Die Beamten der im Fürstenthum Schwarzburg belegenen Eisenbahnstrecken sind rücksichtlich der Disziplin lediglich ihren Dienstvorgesetzten beziehungsweise den Aufsichtsorganen der Königlich Preußischen Staatsregierung, im Uedrigen aber den Gesetzen und Behörden des Staates, in welchem sie ihren Wohnsitz haben, unterworfen.

Bei der Anstellung von Bahnwärtern, Weichenstellern und sonstigen dergleichen Unterbeamten innerhalb des Fürstlich Schwarzburgschen Staatsgebiets soll auf Angehörige des letzteren vorzugsweise Rücksicht genommen werden, falls geeignete Militäranwärter, unter welchen die Fürstlichen Staatsangehörigen aleichfalls den Vorzug haben, zur Besetzung der bezeichneten Stellen nicht zu ermitteln find.

Artifel V. and the state of the

Die Königlich Preußische Regierung wird anderen Gisenbahnunternehmungen den Anschluß an die Bahn auf den innerhalb des Kürftenthums Schwarzburg belegenen Stationen auf Verlangen der Kürstlichen Regierung nicht verfagen. Ueber die hierbei etwa erforderlich erscheinenden besonderen Vereinbarungen werden die hoben vertraaschließenden Regierungen sich in jedem einzelnen Falle verständigen.

Artifel VI. mainte manifielle.

Die Königlich Preußische Regierung wird bei der Berwaltung und dem Betriebe der Saal-Eisenbahn den übrigen im Fürstenthum Schwarzburg gelegenen Cifenbahnen unter Beachtung der allgemeinen Verkehrsintereffen jede billige Rücksicht und Förderung zu Theil werden laffen.

gna wednestends thined did unterfel VII. mandend dalligung sto

Der Preußische Staat ift berechtigt, alle für ihn aus diesem Vertrage bervorgehenden Rechte und Verpflichtungen auf das Reich zu übertragen.

So geschehen zu Berlin , den 27. Mai 1895.

(L. S.) Kirchhoff. (L. S.) Hauthal. (L. S.) Lehmann. Alnlage D. wijchen

behalten, und soll behart unter Luckjung und der nachtlebenden Betriummage

Preußen und Reuß jungerer Linie, betreffend die im Reußischen Staatsgebiete belegene Theilstrecke des Weimar-Geraer Gisenbahnunternehmens.

2) Die Handhabung ber Bahimeligi auf ber im Kürfterthim Myn Unter der Voraussetzung, daß mit der Weimar-Geraer Eisenbahngesellschaft wegen des Ueberganges ihres Unternehmens auf den Preußischen Staat eine Berftandigung herbeigeführt werden wird, haben zum Zwede der hierdurch erforderlich werdenden anderweiten Regelung der Verhältnisse der zu dem genannten Unter-Gefet . Samml. 1895. (Nr. 9771.)

nehmen gehörigen Strecke, soweit dieselbe auf Fürstlich Reußischem Staatsgebiete liegt, zu Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der König von Preußen:

Allerhöchstihren Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrath Hermann Kirchhoff und

Allerhöchstihren Geheimen Finanzrath Friedrich Lehmann,

Seine Durchlaucht der Erbprinz Reuß jüngere Linie im Namen Seiner Durchlaucht des regierenden Fürsten:

Höchstihren Geheimen Staatsrath Walther Engelhardt,

von welchen Bevollmächtigten, unter dem Vorbehalte der landesherrlichen Ratifikation, folgender Vertrag abgeschlossen ist.

es collebook Artifel I. woodsook, don thubill wolld

Die Fürstlich Reußische Regierung erklärt sich damit einverstanden, daß Weimar-Geraer Eisenbahnunternehmen nach Maßgabe des zwischen der Preußischen Staatsregierung und der Weimar-Geraer Eisenbahngesellschaft abzuschließenden Verstaatlichungsvertrages auf den Preußischen Staat übergeht.

Artifel II.

Die Fürstlich Reußische Regierung überträgt von dem Tage ab, an welchem die Direktion der Weimar-Geraer Eisenbahngesellschaft die Verwaltung des Unternehmens an die von der Königlich Preußischen Regierung zu bezeichnende Königliche Behörde übergiebt, auf den Preußischen Staat das ihr nach den wegen der Weimar-Geraer Eisenbahn abgeschlossenen Staatsverträgen, den Statuten der Weimar-Geraer Eisenbahngesellschaft, sowie den der letzteren ertheilten Konzessionen zustehende Aufsichtsrecht.

Artifel III.

Die Landeshoheit über die im Fürstlich Reußischen Gebiete belegene Strecke der Weimar-Geraer Eisenbahn bleibt der Fürstlich Reußischen Regierung vorbehalten, und soll hinfort unter Beobachtung der nachstehenden Bestimmungen ausgeübt werden:

- 1) Die allgemeine Landespolizei und die Rechtspflege in Bezug auf alle Vorgänge auf dem Bahnkörper verbleiben den Fürstlich Reußischen Staatsbehörden.
- 2) Die Handhabung der Bahnpolizei auf der im Fürstenthum Reuß jüngerer Linie belegenen Eisenbahnstrecke erfolgt durch die Königlich Preußischen Eisenbahnbehörden und Beamten, welche auf Vorschlag der Königlich Preußischen Betriebsverwaltung von den zuständigen Fürstlichen Behörden in Pflicht zu nehmen sind.

3) Die Handhabung der allgemeinen Sicherheitspolizei liegt hinsichtlich der im Fürstenthum Neuß jüngerer Linie belegenen Eisenbahnstrecke den betreffenden Fürstlich Neußischen Organen ob. Dieselben werden den Bahnvolizeibeamten auf deren Ansuchen bereitwillig Unterstützung leisten.

4) Zu den Kommunalabgaben innerhalb des Fürstlichen Gebietes wird die Weimar-Geraer Eisenbahn nach denselben Grundsähen herangezogen werden, die für die Kommunalbesteuerung der im Bezirke Gera bereits vorhandenen Preußischen Staatsbahnlinien Anwendung zu

finden haben.

5) Un Stelle des Eisenbahnabgabeantheils, welcher nach dem zwischen den Regierungen von Sachsen-Weimar, Sachsen-Altenburg und Reuß jüngerer Linie abgeschlossenen Staatsvertrage vom 26. März 1872 an dem Weimar-Geraer Eisenbahnunternehmen dem Fürstenthum Reuß jüngerer Linie zustehen würde, ist für die Zeit vom 1. Januar 1895 ab auf die Dauer von fünf Jahren eine Aversionalvergütung von jährlich 3000 Mark an die Kürstlich Reußische Regierung zu zahlen.

Nach Ablauf dieser Frist erfolgt die Erhebung dieser Abgabe, sosern nicht eine weitere Aversionirung zwischen den beiderseitigen Regierungen vereinbart wird, nach den im Fürstenthum Reuß jüngerer Linie für die Besteuerung des Eisenbahnbetriebes jeweilig geltenden gesetzlichen Bestimmungen. Im Weiteren wird von dem Grund- und Gebäudebesitze des bezeichneten Eisenbahnunternehmens die Grund- und Gebäudesteuer nach den allgemeinen Bestimmungen der jeweiligen Landesgesetzgebung erhoben. Die Fürstliche Regierung verpflichtet sich, von der zum Weimar-Geraer Eisenbahnunternehmen gehörigen Linie anderweite Staatssteuern nicht zu erheben.

6) Auf die Tarifbildung, auf die Art und Weise der Beförderung, sowie auf die Feststellung des Fahrplans für die Weimar-Geraer Eisenbahn steht der Fürstlich Reußischen Regierung eine Einwirkung nicht zu, jedoch soll die Aufstellung von Bahnhofsprojekten und die Aenderung des Personenzug-Fahrplans nur nach vorgängigem Benehmen mit der Fürstlichen Regierung erfolgen, damit den Wünschen derselben die

thunlichste Berücksichtigung nicht versagt werde.

Es sollen übrigens in den Tarifen für die Bahn keine höheren Einheitssätze in Anwendung kommen, als in den allgemeinen Tarifen und den allgemeinen Ausnahmetarifen für die Bahnstrecken des ans

grenzenden Preußischen Gisenbahndirektionsbezirks.

7) Für die Einziehung von Stationen (einschließlich Haltestellen und Haltepunkten), für die Neueinrichtung folcher innerhalb des Fürstlich Neußischen Gebietes, sowie für die Einstellung des Betriebes auf der jest innerhalb des Fürstenthums betriebenen Strecke der Weimars Geraer Eisenbahn ist die Zustimmung der Fürstlichen Regierung erstorderlich.

67*

- 8) Ein Recht auf den Erwerb der im Kürstlichen Gebiete belegenen Strecke der Weimar-Geraer Gisenbahn wird die Kürstlich Reußische Regierung nicht in Anspruch nehmen; dagegen bedarf ein Verkauf der gedachten Bahn oder einzelner Strecken derselben, soweit sie auf Fürstlich Reußischem Gebiete liegen, an einen anderen Käufer, als das Reich, ebenso die Uebertragung des Betriebes auf einen anderen Betriebs. unternehmer, der Zustimmung der Kürftlich Reußischen Staatsregierung.
 - 9) Un der im Gebiete des Fürstenthums Reuß jungerer Linie belegenen Strecke der Weimar-Geraer Gisenbahn follen nur die Hobeitszeichen der Fürstlichen Regierung angebracht werden.
- 10) Der Fürstlich Reußischen Regierung bleibt vorbehalten, die Handhabung der ihr über die betreffende Bahnstrecke zustehenden Hoheit8rechte, sowie die etwaigen Verhandlungen mit der Bahnverwaltung einer Behörde oder einem besonderen Kommissarius zu übertragen.

Diese Behörde beziehungsweise dieser Kommissarius hat die Beziehungen der Fürstlichen Regierung zu der Eisenbahnverwaltung in allen Fällen zu vertreten, die nicht zum direkten Sinschreiten der zuständigen Polizeis oder Gerichtsbehörde geeignet sind.

gelfenben Die Eisenbahnverwaltung hat sich an diese Behörde beziehungsweise an diesen Kommissar in allen zu der Zuständigkeit derselben gebörenden Angelegenheiten zu wenden.

Artifel IV.

Die Königlich Preußische Regierung wird bei ber Verwaltung der zur Beit bem Weimar-Geraer Eisenbahnunternehmen angehörigen Bahnstrecken Die Berkehrs- und volkswirthschaftlichen Interessen des Fürstenthums Reuß jungerer Linie in gleichem Maße berücksichtigen, wie die entsprechenden Interessen der Dreußischen Landestheile. Sie wird weder im Versonen- noch im Güterverkehr zwischen den beiderseitigen Unterthanen hinsichtlich der Zeit der Abfertigung oder hinfichtlich der Beförderungspreise einen Unterschied machen.

Dreußische Staatsangehörige, welche in dem Fürstlich Reußischen Gebiete stationirt sind, erleiden dadurch feine Alenderung ihres Staatsangehörigkeits

verhältnisses.

Die Beamten der im Fürstenthum Reuß jungerer Linie belegenen Gifenbahnstrecke sind rücksichtlich der Disziplin lediglich ihren Dienstvorgesetzten beziehungsweise den Aufsichtsorganen der Königlich Preußischen Staatsregierung, im Uebrigen aber den Gesetzen und Behörden des Staates, in welchem sie ihren Wohnsit haben, unterworfen.

Bei der Anstellung von Bahnwärtern, Weichenstellern und fonstigen dergleichen Unterbeamten innerhalb des Fürstlich Reußischen Staatsgebiets soll auf Ungehörige des letteren vorzugsweise Rücksicht genommen werden, falls geeignete Militäranwärter, unter welchen die Kurftlich Reufischen Staatsangeborigen gleichfalls den Vorzug haben, zur Besetzung der bezeichneten Stellen nicht zu ermitteln find.

Mrtifel V.

Die Königlich Preußische Regierung wird anderen Eisenbahnunternehmungen ben Anschluß an die Bahn auf den innerhalb des Fürstenthums Reuß jungerer Linie belegenen Stationen auf Verlangen der Kürstlichen Regierung nicht versagen. Heber die hierbei etwa erforderlich erscheinenden besonderen Bereinbarungen werden die hoben vertraaschließenden Regierungen sich in jedem einzelnen Falle verständigen.

Artifel VI.

Die Königlich Preußische Regierung wird bei der Verwaltung und dem Betriebe ber Beimar-Geraer Gifenbahn den übrigen im Fürstenthum Reuk jungerer Linie gelegenen Eisenbahnen unter Beachtung der allgemeinen Berkehrsinteressen jede billige Rücksicht und Förderung zu Theil werden lassen.

Artifel VII

Die Fürstlich Reußische Regierung hat für die Stammaktien der Weimar-Geraer Eisenbahn eine Zinsgarantie geleistet, aus welcher ihr unter bestimmten

Modalitäten ein Anspruch auf Erstattung zusteht.

Bur Ablösung dieses Anspruches wird die Königlich Preußische Regierung der Fürstlich Reußischen Regierung drei Monate nach dem Uebergange des vorgenannten Gifenbahnunternehmens auf den Preußischen Staat einen Baarbetrag von 60 000 Mark zahlen.

Hiergegen verzichtet die Fürftlich Reußische Regierung auf Rückzahlung des

Restes der von ihr geleisteten Vorschüffe.

aus alegad Artifel VIII. word and fun munch manne

Der Preußische Staat ist berechtigt, alle für ihn aus diesem Vertrage hervorgehenden Rechte und Verpflichtungen auf das Reich zu übertragen.

Aldersteis sollen die Westimmunger des Verbruges zwischen der Generalbirelien der Kömiglich Barrerschun Staatseitenbahren und der Direktion der Morra-Elfenbahrgesellschaft vom 20. Juni 1869 in Gestung bleibert, so zwar, baß

So geschehen zu Berlin Gera, ben 27. Mai 1895.

(L. S.) Kirchhoff. (L. S.) Engelhardt.

(L. S.) Lehmann.

(Nr. 9772.) Staatsvertrag zwischen Preußen und Bahern, betreffend die Bahnstrecke zwischen Lichtenfels und ber Baherisch-Sachsen-Coburgischen Landesgrenze. Vom 15. Mai 1895.

Seine Majestät der König von Preußen und Seine Königliche Hoheit Prinz Luitpold, des Königreichs Bayern Verweser, im Namen Seiner Majestät des Königs haben zum Zwecke einer Vereinbarung über den Betrieb der Bayerischen Bahnstrecke zwischen Lichtenfels und der Bayerisch Sachsen Coburgischen Landesgrenze zu Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät ber König von Preußen:

Allerhöchstihren Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrath Hermann Rirchhoff

und

Allerhöchstihren Geheimen Finanzrath Friedrich Lehmann,

Seine Königliche Hoheit Prinz Luitpold, des Königreichs Bayern Verweser:

Allerhöchstihren Ministerialdirektor Karl Ritter von Oswald und

Allerhöchstihren Generaldirektionsrath Johann Stephan, welche unter dem Vorbehalte der landesherrlichen Ratisikation folgenden Vertrag abgeschlossen haben:

Artikel 1.

Die Königlich Preußische Staatsregierung tritt mit der Uebernahme des Betriebes der Werra-Eisenbahn in die Verhältnisse ein, welche hinsichtlich der Betriebssührung auf der Bahnstrecke von Lichtensels zur Bayerisch-Sachsen-Coburgischen Landesgrenze vermöge des Vertrages vom $\frac{6. \text{Upril}}{23. \text{März}}$ 1857, dann des Uebereinkommens vom 29./26. Juli 1890 zwischen der Königlich Bayerischen Staatsregierung und der Werra-Eisenbahngesellschaft bestehen, soweit die Bestimmungen des bezeichneten Vertrages und Uebereinkommens noch anwendbar und nicht im Nachsolgenden abgeändert sind.

Artikel 2.

Für den Betriebswechsel und die Dienstführung auf dem Bahnhofe Lichtenfels sollen die Bestimmungen des Bertrages zwischen der Generaldirektion der Königlich Bayerischen Staatseisenbahnen und der Direktion der Werra-Eisenbahngesellschaft vom $\frac{20. \text{ Juni } 1889}{18. \text{ November } 1890}$ in Geltung bleiben, so zwar, daß an die Stelle der letzteren die Preußische Staatseisenbahnverwaltung tritt.

Artifel 3.

Die volle Landeshoheit sammt der Ausübung der Justiz- und Polizeigewalt verbleibt der Königlich Baverischen Staatsregierung.

Die Bahnpolizei wird von dem von der Königlich Preußischen Staatsregierung aufgestellten Bahnpersonal ausgeübt und das letztere hierfür von den

zuständigen Baverischen Behörden verpflichtet.

Die Königlich Bayerische Staatsregierung wird Vorsorge treffen, daß das Bahnpersonal in der Ausübung der bahnpolizeilichen Funktionen auf Bayerischem Staatsgebiete von den Behörden die nothwendige Unterstützung erhält.

nd toll diet undragt beritter die Artikel 4.º 61 mag meinel den engunde

Bei der Anstellung der unteren Bediensteten innerhalb des Bayerischen Staatsgebietes soll auf Bayerische Staatsangehörige vorzugsweise Rücksicht genommen werden, sofern geeignete Militäranwärter, unter welchen die Bayerischen Staatsangehörigen gleichfalls den Vorzug haben, nicht zu ermitteln sind.

Alrtifel 5.

Die Tariffähe für den Personen= und Güterverkehr sollen auf der Pachtstrecke die dermalen auf der Werra-Sisenbahn bestehenden nicht übersteigen. Die Fahrpläne für die in Lichtenfels ein= und ausgehenden Züge werden im beiderseitigen Einvernehmen festgestellt.

Artifel 6.

Die Königlich Bayerische Regierung wird von dem nach Artikel 6 des Uebereinkommens vom 29./26. Juli 1890 ihr zustehenden Rechte keinen Ge-

brauch machen.

Der Bayerischen Regierung soll aber vorbehalten sein, nach Umssuß der ersten drei Jahre nach Uebernahme des Betriebes der Werra-Sisenbahn durch die Preußische Staatseisenbahnverwaltung jeweilig nach Ablauf eines Betriebsjahres eine angemessene Erhöhung des Pachtgeldes für den Fall anzusprechen, daß die nach den Grundsätzen der Preußischen Staatseisenbahnverwaltung zu ermittelnden Betriebsergebnisse der Strecken des dermaligen Werra-Sisenbahn-unternehmens (einschließlich der Pachtstrecke) ein höheres Reinerträgniß als 3 Prozent gewähren.

Artifel 7.

Gegenwärtiger, in zwei Cremplaren ausgefertigter Vertrag foll beiderseits zur landesherrlichen Genehmigung vorgelegt werden.

(Nr. 9772.)

Die Auswechselung der Ratifikations-Urkunden soll im Wege des Schriftwechsels erfolgen.

So geschehen zu Berlin, den 15. Mai 1895.

(L. S.) Kirchhoff. (L. S.) Oswald.

(L. S.) Lehmann. (L. S.) Stephan.

Die im &. 1 unter 4a bis f des oben unter Nr. 9771 (S. 315) abgedruckten Gesetzes bezeichneten Staatsverträge sowie der vorstehende Staatsvertrag zwischen Preußen und Bavern vom 15. Mai 1895 sind ratifizirt worden und hat die Auswechselung der Ratifikations-Urkunden stattgefunden.

Die Remalich Barrentiche Stantsergierung wird Borforge frestern ball bat